

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 7.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 15. Februar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Raballeriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Krieg der Sozialpolitik!

Auf dem 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt Redakteur Kollege Joos von M. Gladbach einen Vortrag, welcher die neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik behandelte. Das Erscheinen einer von dem bekannten Professor Bernhard in Berlin verfaßten Schrift „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“, beweist, wie berechtigt die Wahl des genannten Themas war und wie klug wir daran handelten, uns über die neuesten Strömungen unterrichten zu lassen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat den deutschen Professoren in ihrem Ringen um Erreichung einer menschenwürdigen Existenz außerordentlich viel zu verdanken gehabt. Es ist nicht nötig, daß man die Ansichten der Katheder-Sozialisten, wie ihre Feinde sie getauft haben, auf allen Gebieten und in vollem Umfange vertritt: das ist aber gerecht und billig, daß wir ihre Arbeit, die sie für die Arbeiterschaft geleistet haben, voll und ganz anerkennen. Der herrschenden Lehre des Individualismus, der allein das freie Recht der Einzelperson gelten lassen wollte, um die große Masse dann umso sicherer zu beherrschen, stellte sich ein Wagner mit dem ganzen Feuer seines Temperaments und dem reichen Schatz seines Wissens entgegen. Er mit seinen Gesinnungsgenossen, waren es recht eigentlich, die in der Tat den Solidarismus zum ethischen Prinzip erhoben. Gegen den Liberalismus betonte Wagner die Abhängigkeit und die bis zu einem gewissen Grade vorhandene Interessengemeinschaft im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Und daraus leitete er ethische Verpflichtungen ab zwischen den einzelnen Gliedern der Volkswirtschaft, insbesondere zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; wieder im Gegensatz zum Liberalismus, für den es allein ein Vertragsverhältnis gab, das den Ver- und Ankauf der „Ware Arbeit“ regelte. War die Erkennung dieser Grundsätze schon eine Tat, so war es noch mehr ihre Geltendmachung. In jahrelanger unermüdlicher Arbeit wurden weite Kreise mit dem erfüllt, was wir sozialen Geist nennen, oder, wenn das zu weit gehen sollte, bekamen sie doch wenigstens einiges Verständnis für das Ringen und Kämpfen der Arbeiterschaft und stellten sich ihr nicht mehr hindernd in den Weg.

Nun aber setzt mit allem Nachdruck ein Kampf gegen unsere Sozialpolitik ein, der selbst in wissenschaftlichen Kreisen Unterstützung findet. Die Argumente, die von diesen wissenschaftlichen Kreisen gegen die Sozialpolitik vorgebracht werden, sind im wesentlichen dieselben, wie die der liberalen Schule. Sie erscheinen aber manchmal in etwas anderer Verkleidung — das macht sie zwar nicht wahrer, aber umso gefährlicher. Alexander Tille ist ganz mit dem Rüstzeug der liberalen Aera, ohne jedes historische oder soziale Empfinden, gegen die Sozialpolitik losgegangen. Der Unternehmer in jeder Art ist ihm der Gott. Seinem Willen hat sich alles zu unterwerfen. Daß er die Gewerkschaftsarbeit als Erpresser- und Räuberpolitik zu brandmarken sucht, daß er in der Lehre vom freien Vertrag die beste Gewähr und eine sichere Garantie für das Obliegen des Tüchtigsten findet, ist bei seinem bekannten Standpunkt weiter nicht verwunderlich. Es ist, oder vielmehr war, seine Stellungnahme umso eher begreiflich, als er ja an der Spitze eines industriellen Verbandes stand. Verwunderlicher ist es schon, wenn in Deutschland Männer, die ein öffentliches Lehramt bekleiden, sich gegen die Sozialpolitik in einer Weise aussprechen, die nichts anders als ober-

flächlich, ja tendenziös bezeichnet werden kann. Wenn die Professoren an den Handelshochschulen eine gegen die Sozialpolitik gerichtete Stellung einnehmen, so liegt das vielfach mit an den Berufungsfaktoren. Unter diesen spielen die Handelskammern oft keine unmaßgebliche Rolle, und bei der Bekanntschaft, oft genug antisozialpolitischen Richtung, welche diese Kammern vertreten, ist es nicht zu verwundern, daß sie ihren Einfluß für die Berufung eines ihnen genehmen Lehrers verwenden.

Allerdings fällt nun gerade dieser Grund bei dem Manne weg, dessen Schrift in neuester Zeit so unliebsames Aufsehen erregt hat. Es war noch immer ein Kunststück aller derer, welche keine Sozialpolitik wollten, diese selbst als etwas Schädliches für das Volksganze und den zunächst betroffenen Teil hinzustellen. Genau nach diesem Rezept geht auch Bernhard vor. Was man im Anfang seiner Schrift über die vielen Verordnungen und Gesetze, auch über Verstaatlichung der Betriebe hört, mag in manchem wahr sein. Aber auch hier vermisst man doch schon die tiefere objektive Forschung, die alle Gründe, die gegen und für sprechen, sorgsam erforscht. Diese Methode wird in ihrer ganzen Unsachlichkeit und Falschheit da beleuchtet, wo Bernhard vom „Kampf um die Versicherungsrente“ spricht. Nach der Anschauung des Herrn Professors gibt es für den Arbeiter kein größeres Glück, als wenn er einen Unfall erleidet, der ihm eventuell die Bewilligung einer Unfallrente einträgt. Und nach dieser Rente geht fortab sein ganzes Sinnen und Trachten. Der Wunsch, sie zu erhalten, wird so stark, daß die Heilung verzögert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Es ist schwer, bei derartigen Ausführungen ernst zu bleiben, und es wäre wahrhaft nicht möglich, wenn derartige Ausführungen nicht von einem Tiefstand unserer Sozialökonomie sprächen, der wahrhaft erschreckend ist. Dem wohl-gemerkt, der Herr Professor spricht hier nicht von einem einzelnen Fall, sondern von einer Volksseuche, welche die Arbeiterversicherung hervorgerufen hat. Er beruft sich bei seinen Ausführungen auf eine Anzahl von Ärzten, ohne aber auch, ganz seiner Methode entsprechend, Gegenstimmen laut werden zu lassen. Daß der Fall der bewußten und unbewußten Simulation die Regel ist, ist nach dem Gesagten selbstverständlich.

Abgesehen von der Rentensucht des Einzelnen kommen noch Faktoren hinzu, welche dieselben darin versteifen.

„Wie verhängnisvoll die Winkelfonsulenten (aber auch die Arbeitersekretäre) wirken, wie sie die Prozesstucht, die Simulation begünstigen, wie sie dem Arbeiter die Rentensucht suggerieren, darüber wird in der medizinischen Literatur seit Jahren Klage geführt.“

Es lohnt sich wohl kaum, die die Ehre des Arbeiterstandes tief herabsetzenden Anwürfe des weltkundigen Herrn Professors zu widerlegen. Nur das eine: es wäre doch gewiß seltsam, wenn ein Arbeiter, nur um eine Rente zu bekommen, im besten Fall auf $\frac{2}{3}$ seines bisherigen Verdienstes gesetzt werden wollte. Daß die Simulation im Versicherungswesen vorkommt, wissen wir auch. Wie kann man diese Erscheinung aber so verallgemeinern, daß sie als die Regel erscheint? Wir glauben kaum, daß Bernhard mit seinem Buch seinen industriellen Freunden eine besondere Freude bereitet hat. Denn die Mängel sind so offenkundig und so vernichtend, daß es wohl nicht einmal von dem größten Scharfmacher als Beweismaterial angeführt werden wird. Ja, in einem Aufsatz der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 97, 2. Febr.) weist Professor Hige, der Pionier für unsere deutsche Arbeitergesetzgebung, Professor Bernhard direkt Unwahrheiten nach.

Bei dem jetzt einsetzenden Kampf gegen die Sozialpolitik spielt die „Verfälschung“ unserer

sozialen Institutionen natürlich eine große Rolle. Die Unternehmer berufen sich darauf, daß die Sozialpolitik eigentlich ja nur sozialdemokratischen Zwecken bestimmt ist. Darin liegt ein schwerer Vorwurf, der, mag er nun aufrichtig gemeint sein oder nicht, der Wichtigkeit nicht entbehrt. Man weiß, welcher Mißbrauch von den Sozialdemokraten mit den Krankenkassen getrieben worden ist. Da gäbe es doch, wenn anders es den Herren Unternehmern wirklich ernst ist mit der Sozialpolitik, ein einfacheres Mittel, den sozialistischen Terror in Schranken zu halten: ein klein wenig Verständnis für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ein wenig Verstehen wollen ihrer Grundsätze.

Zum Schluß noch eins. Wir würden von der eigentümlichen Wissenschaft, die Herr Professor Bernhard vertritt, zuviel halten, wenn wir annehmen wollten, daß das wenige, das er über christliche Gewerkschaften sagt, auf besserer Grundlage beruhte als das andere. Wie aus dem Text hervorgeht, sind ihm unsere Gewerkschaften politische Gebilde, wie die sozialdemokratischen auch. Man möchte sich erstaunt fragen: hat denn der Mann geschlafen, während die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Entwicklung nahm, die jeden Zweifel an ihrer politischen und professionellen Neutralität bei jedem Unbefangenen zerstören mußte?

Hornberger Schießübungen.

„Bei all diesen angekündigten Aus-sperrungen erklärten die „Christen“führer mit bombastischem Wortschwall, daß der ihnen aufgebrachte Kampf durch-gesprochen würde. Aber alle diese Be-wegungen nahmen für die „Christen“ ein unrühmliches Ende.“

So der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, in Nr. 3 vom 17. Januar 1913. Bezüglich der von unserem Verbands geführten Bewegungen in Westfalen haben wir das Falsche obiger Behauptung bereits nachgewiesen (siehe Nr. 5/1913 der „Textilarbeiter-Zeitung“). Bei der Aus-sperrung in Aachen (1906) verlangte unsere Verbands-leitung von den streikenden Arbeitern der Firma F. u. M. Meyer nur die vorläufige Wiederaufnahme der Ar-beit, weil der Arbeitgeberverband der Ansicht war, daß die Differenzen zunächst dem in Aachen bestehenden Schiedsgericht zu unterbreiten seien. Eine Sitzung des letzteren war schon für die nächstfolgenden Tage in Aus-sicht genommen. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes hatte sich auch schon zu Zugeständnissen bereit erklärt. Hätten die streikenden Arbeiter sich nicht von der Hege der Genossen beeinflussen lassen und Disziplin gewahrt, dann wäre auch diese Bewegung mit einem Erfolg beendet worden.

1907 war es der Arbeitgeberverband von M. Glad-bach, der unserem Verbands die Aussperrung androhte. Es handelte sich um Differenzen bei der Firma Josten. Hat diese Bewegung vielleicht ein unrühmliches Ende gefunden? Beileibe nicht. Sie endete mit einem Erfolg. Neben anderen Verbesserungen er-zangen die Arbeiter eine fünfprozentige Loh-n-erhöhung. Der Streik wurde — ohne daß es zur Aussperrung kam — durch Mehrheitsbeschluß der Arbeiter beendet.

Unser Verband steht also in Ehren da. Wir brau-chen uns der geführten Bewegungen nicht zu schämen. Vor allem sind wir unsern Mitgliedern gegenüber auf-richtig gewesen. Uns kann man nicht vorwerfen, wir hätten die Mitglieder absichtlich irregeführt, sie über die wirklichen Machtverhältnisse der Organi-sation getäuscht. Wenn der „Textilarbeiter“ behauptet, bei all den angekündigten Aussperrungen sei von unseren Führern mit „bombastischem Wortschwall“ erklärt worden, der uns aufgebrungene Kampf würde durch-

gefochten, so ist das weiter nichts wie eine ordinäre Entstellung der Wahrheit. Dem „Textilarbeiter“ wird es auch schwer fallen, für diese Behauptung den Beweis zu erbringen. Sein Vorgehen zwingt uns aber, wieder-mal einige alte Erinnerungen aufzufrischen. Diese, wie auch einige der neueren streikstrategischen Selbentaten des „deutschen“ Verbandes werden zeigen, daß der „Textilarbeiter“ alle Veranlassung hätte, vor der eigenen Türe zu lehren, sintermalen dort der Drech haufenweise zu finden ist. Wir wollen diese „ruhmvollen“ Bewegungen des „deutschen“ Verbandes einmal der Reihe nach durchnehmen.

Sachsen-Thüringen 1905.

Hier traten die sozialdemokratisch organisierten Weberarbeiter im Frühjahr 1905 in eine Lohnbewegung ein. Der von ihnen eingereichte Lohnarif wurde von den Unternehmern nicht akzeptiert. Sie legten ihrerseits einen Tarif vor, der aber die Arbeiter bei weitem nicht befriedigte. Da die Arbeitgeber aber zu weiteren Zugeständnissen nicht zu bewegen waren, traten in Gera die Arbeiter aus vier Betrieben in Streik. Dieser wurde vom Arbeitgeberverband mit der Aussperrung beantwortet. Der „deutsche“ Verband ließ ruhig zirkula 3000 Arbeiter auf Pfaster werfen, um dann plötzlich die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Die Taktik der Führer des „deutschen“ Verbandes, wie auch die Stimmung der Arbeiterschaft wurde damals von der sozialdemokratischen „Raußischen Volkszeitung“ (vom 1. Dez. 1905) wie folgt geschildert:

„Die Textilarbeiter haben eine Niederlage erlitten, wie wir hier noch keine zu verzeichnen haben...“

„Was aber die Niederlage bei dieser Bewegung besonders schwer macht, das ist der Umstand, daß die Arbeiter mit gebrochenem Mut, mit Hoffnungslosigkeit in die Fabriken zurückkehrten, und daß sie das Vertrauen zu ihrer Verbandsleitung verloren haben, wodurch gleichzeitig das Vertrauen zur Organisation überhaupt erschüttert wird...“

„Was aber als größter Fehler anzurechnen ist, das ist die Unwahrhaftigkeit, mit der man die Arbeiterschaft behandelt hat, insofern, als man sie in den Glauben verjagt und diesen Glauben auch in der letzten Stunde noch nicht zerstört hat, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter den Kämpfenden steht. Und noch dazu, trotzdem man an maßgebender Stelle ganz genau wußte, daß der Kampf abgebrochen werden mußte, weil diese Unterstützung absolut nicht gesichert war. Im Vertrauen auf diese Unterstützung haben die Arbeiter den Kampf aufgenommen, und im Vertrauen darauf (auf die Versprechungen ihrer Führer) hätten die armen Textilarbeiter noch wochenlang gehungert...“

„In diesem Vertrauen hat die hiesige Arbeiterschaft eine furchtbare Enttäuschung erlitten, sie, die immer gefestigt war, wenn es galt, große Kämpfe zu unterstützen... und jetzt dieses Schmähstück!“

„Für die Handlungsweise der Verbandsleitung sind die schwersten Vorwürfe berechtigt, und es wird dem hingebungsvollen Zusammenarbeiten aller einflussreichen und einsichtigen Elemente der hiesigen Arbeiterbewegung bedürfen, um die Fehler wieder gut zu machen...“

Hier wird also von einer Stelle, die es wissen muß, der sozialdemokratischen Verbandsleitung direkt Unwahrscheinlichkeit, bewußte Irreführung der Arbeiterschaft vorgeworfen. Das ist doch wohl der schwerste Vorwurf, den man überhaupt gegen eine Organisationsleitung erheben kann. Und der „Textilarbeiter“ gab später die Berechtigung dieses Vorwurfes selbst zu. In einem Rückblick auf die Bewegung jagte er, dieser Ausgang sei voranzusehen gewesen. Dem Verband hätten ja die Mittel zur Durchführung des Kampfes vollständig gefehlt. „Weshalb also nahmen wir den Kampf auf?“ fragt er dann. „Weshalb stellten wir den Streik nicht ein, als die Aussperrung perfekt werden sollte? Nur weil es die Streikenden nicht wollten?“ Also erst verjagt man die Arbeiter in einen übertriebenen Hochmut, dann bekommt man Angst vor den Geistern, die man gerufen, und statt die Arbeiter zurückzuhalten und ihnen die Blamage zu ersparen, läßt man sie offenen Auges ins Verderben rennen. Auch eine Streiktaktik! Nur keine schöne.

Forst 1906.

Gelegentlich der nachheren Aussperrung waren es die hiesigen Führer des „deutschen“ Verbandes, die offenbar im Einverständnis mit ihrer Verbandsleitung eine wüste Heze gegen unseren Verband betrieben. Die christlich organisierten Arbeiter suchte man zur Disziplinlosigkeit und zum Aufruhr gegen unsere Verbandsleitung zu verleiten. Die letztere wurde in der gemeinsten Weise verleumdet und des Betrugs bezichtigt, weil sie von den Mitgliedern Disziplin verlangt hatte.

Doch nur allzu bald traf den sozialdemokratischen Verband das Verhängnis. In Forst traten 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Einführung einer verächtlichsten Arbeitsordnung in Streik. Vorher schon hatten sie die zehnstündige Arbeitszeit nebst 20% Lohnhöhung verlangt. Die Forderungen wollten sie nun durch den Streik ebenfalls durchzusetzen.

Nun hatten die Arbeiter aber keine Genehmigung zum Streik nachgefordert. Sie dachten offenbar — und nicht mit Unrecht — wenn unsere Führer das statut- und disziplinwidrige Verhalten christlich organisierter Arbeiter unterstützen und rechtfertigen, dann kann man uns auch nicht krumm nehmen, wenn wir nach denselben Grundsätzen handeln. Da kam er aber schon an. Sowohl der sozialdemokratische als auch der Hirsch-Duncker'sche Verband verweigerten den Mitgliedern jede Unterstützung und zwangen sie gegen ihren Willen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Unser Verband hätte da Gelegenheit gehabt, sich für das Benehmen der sozialdemokratischen Verbandsführer in Nachen zu rächen. Er hat es nicht getan, weil ihm die Sache der Arbeiter zu hoch stand.

Auch hier war es wieder ein sozialdemokratisches Blatt, die „Märkische Volksstimme“ (vom 6. Juli 1906), das gegen die sozialdemokratische Verbandsleitung die schwersten Vorwürfe erhob. Sie schrieb u. a., das Unerwartete sei geschehen, die Wiederaufnahme der Arbeit von den Organisationen empfohlen worden. Ein Blick aus heiterem Himmel hätte nicht niederschmetternder wirken können, als dieses Resultat. Wer die helle Begeisterung miterlebt habe, mit der die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kampf gezogen seien, der könne die furchtbare Erregung begreifen, die in der Versammlung, worin die Wiederaufnahme der Arbeit gefordert wurde, geherrscht habe. In unbegreiflicher Weise habe die (sozialdemokratische) Organisationsleitung die Sachlage verkannt und stelle die Arbeiter nun vor den Zwang, sich in das laudinische Joch eines herrschsüchtigen Unternehmertums zu beugen. Nichts sei gefährlicher für eine große Bewegung als ein Zickzackkurs, wie er hier befolgt worden sei. Mit verbissenem Grimm habe die Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Folge dieser Bewegung war eine Massenflucht der Mitglieder aus dem sozialdemokratischen Verbande. Man sieht, der „Textilarbeiter“ hat wirklich wenig Veranlassung, gelegentlich der Bewegung in Jbberbüren von einem „Fortlaufen der im Stich gelassenen Arbeiter von der Organisation“ zu reden, zumal dieses „Fortlaufen“ unserer Mitglieder lediglich in der Phantasie des „Textilarbeiters“ existiert. (Fortf. folgt.)

Tatsachenverrenkungen und Zitatenfälschungen.

Geht der sozialdemokratischen Presse drei Worte und sie beweist damit alles. Sie stellt die Tatsachen einfach auf den Kopf. Unterschlägt und setzt hinzu. Sie jagt die wunderbarsten und schmutzigsten Sachen einfach aus den Fingern. Sie bringt gesprochene oder geschriebene Worte ihre Gegner aus dem Zusammenhange gerissen, verlogen und entstellt oder auch direkt ins Gegenteil verkehrt. Das ist nun zwar eine unsagbar traurige und schmutzige Kampfweise, und traurige Menschen sind es, die sie anwenden. Und dennoch ist sie in der sozialdemokratischen Presse zur Gewohnheit geworden. Einige Beweise dafür aus dem „Korrespondenten“, dem Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. Das Blatt wendet die Manier der Zitatenfälschungen und Tatsachenverrenkungen mit Vorliebe gegen den Gutenbergbund an. Dabei ist die persönliche Besudelung des Gegners eine ganz besonders gern gepflegte Art dieses Blattes.

Das Blatt will den Beweis erbringen (in Nr. 8 1911), daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften sind. Dazu muß ein Zitat aus dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes herhalten. Der Korrespondent berichtet, daß der „Holzarbeiter“ geschrieben habe, die christlichen Arbeiter müßten sich politisch betätigen. Seht ihr, ruft der Korrespondent, da habt ihr die Verlogenheit der Gewerkschaftsschriften bezgl. der parteipolitischen Neutralität ihrer Bewegung. Daß die Ausführungen des „Holzarbeiters“ eine Unwahrheit enthalten, scheint die Korrespondentredaktion nicht zu wissen, daß der „Holzarbeiter“ schrieb, die politische Betätigung müsse außerhalb der christlichen Gewerkschaften geschehen, verweigert er. Und doch ist das der Kern der Sache.

Aber noch eine andere Fälschung muß erfolgen. In den ersten Zeilen erzählt der Korrespondent das Wort „Sozialdemokratie“ durch „Demokratie“, um dem Satz einen anderen Sinn zu geben. Dann heißt es bei dem Satze, daß es Pflicht ist, sich politisch zu betätigen: „mag das nun in den Reihen der national-liberalen, konservativen, christlich-sozialen, der Zentrumspartei sein oder sonstwo.“ Der Fälscher radierte die Worte „oder sonstwo“ einfach weg und nach dieser dreifachen Aenderung erbringt der Artikel in vorzüglicher Weise den Beweis, daß das Ausnahmsgebiß der christlichen Organisationen: die religiöse und politische Neutralität, wohl der größte Humbug ist, der jemals in die Welt gesetzt worden ist. — Der jetzige Redakteur am „Typograph“, dem Organ des „Gutenbergbundes“, Kollege Treffert, war früher Sekretär der katholischen Arbeitervereine im M.-Gladbacher Bezirk. Treffert schrieb nun an den Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine, Dr. Kaller, einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß jetzt in einem bestimmten Orte ein Arbeiterverein ins Leben gerufen werden könne, weil nun ein Silar dort sei. Man müsse sich vorher mit dem Pfarrer und Silar verständigen. Der

Brief kam auf irgend eine spitzbübische Art in die Hände der Genossen. Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker druckt einen Teil desselben ab und knüpft folgende Bemerkung daran.

„Hier wird also die konfessionelle Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften (es war nur die Rede von katholischen Arbeitervereinen. D. R.) durch den Diözesanpräses selbst dokumentiert und Herr Treffert, der sich gegenwärtig die Finger wund schreibt, um unserer Organisation Neutralitätsverletzungen... zu unterstellen, spielt dabei die Vermittlerrolle. Mehr kann man wirklich nicht verlangen.“

Der Spezialist im Fälschen, der oben statt „Sozialdemokratie“ „Demokratie“ setzt, setzt hier an Stelle „katholischer Arbeiterverein“, „christliche Gewerkschaften“ und wieder ist ein „Beweis“ dafür erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften nicht neutral sind.

Eine andere Fälschung des „Korrespondenten“, die zugunsten der Sozialdemokratie erfolgte, sei aufgeführt. Der Korrespondent zitierte in Nr. 63, 1911 in einem Agitationsartikel für die Sozialdemokratie auch die „Soziale Praxis“. Nun war eine Stelle in der Sozialen Praxis enthalten, die mußte gestrichen werden; man entstellte aber dann den ganzen Sinn. In der Sozialen Praxis hieß es:

„Das rote Gespenst — und hier trägt die sozialdemokratische Partei durch ihr aufreizendes Verhalten zweifellos einen großen Teil der Verantwortung — machte es weiter nicht nur von vornherein unmöglich“ usw.

Der Korrespondent strich den zwischen den Gedankenstrichen gesetzten gesperrten Satz und ersetzte ihn durch drei Punkte. So war das Renommee der Sozialdemokratie gerettet und man konnte besser auf die bürgerlichen Parteien schimpfen.

Vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist bekanntlich eine Broschüre über die gewerkschaftlichen und tariflichen Verhältnisse im Buchdruckerhandwerk herausgegeben worden. Sie hat mächtig eingeschlagen. Um die Leiter des Gutenbergbundes bei der Prinzipalität und den Tarifinstanzen anzuschwärzen, behauptet der „Korrespondent“ freich und frech, Treffert habe das Material für die Broschüre gesammelt; das habe Treffert selbst behauptet. Das gerade Gegenteil ist wahr. Treffert hat wiederholt erklärt, daß er mit der Broschüre gar nichts zu tun habe.

In einer Artikelserie schrieb der „Korrespondent“, in einem Zirkular, das zu einer Gutenbergbundesversammlung in Münster (Westf.) einlud, würde behauptet, der Verband habe das alleinige Recht auf Arbeit und der Verband schneide jedem die Arbeitsmöglichkeit ab. Das sei „so starker Schwindel, daß man nicht nur den Mut, sondern auch die Christlichkeit des Skribenten bewundern muß, der das schreiben konnte“. Ein Beweis, daß es Schwindel sei, sei doch dadurch gegeben, daß 3000 Gutenbergbündler Arbeit hätten. Tatsächlich ist in dem Zirkular lediglich von dem Bestreben des Verbandes die Rede und wird auf die Gefahren aufmerksam gemacht, wenn er sein Ziel erreichen würde. Der „Korrespondent“ fälscht und dreht, als stehe in der Einladung, das sei alles schon als Tatsache hingestellt worden.

Ein anderer Fall. Der Buchdrucker Rümmer ist aus dem Verbandsverbande ausgetreten, nachdem er wiederholt vergebens gegen die Neutralitätsverstöße protestiert hatte. Um einen Widerspruch nachzuweisen, zitiert der Korrespondent in Nr. 142, 1910 einen Artikel, den Rümmer einmal für den Korrespondent geschrieben hat. Rümmer soll geschrieben haben:

„... Unsere Taktik in den letzten zehn Jahren und unsere so viel und so heftig angefeindete Verteidigung des prinzipiell neutralen Verbandes ist durch die Entwicklung glänzend gerechtfertigt.“

Schlägt man den Artikel von Rümmer vom Jahre 1906 im Korrespondent nach, dann findet man wohl den Satz, aber — in der zwei Spalten langen Redaktionsanmerkung. Den Satz hat also der Korrespondent-Redakteur geschrieben und ihn Rümmer in den Mund gelegt. Die Gründe dafür sind bekannt.

Das sind so einige Beispiele, wie die Korrespondent-Redaktion mit der Wahrheit umspringt, wie sie dreht, fälscht, ausläßt und hinzusetzt, bis es für ihren Zweck: Verleumdung der christlichen Gewerkschaften, insbesondere des Gutenbergbundes, und Begünstigung der Sozialdemokratie, paßt. Sie huldigt auch dem Grundsatz: dem Feinde gegenüber ist man zur Wahrheit nicht verpflichtet. Reghäuser, dem früheren Korrespondent-Redakteur, wurde von der ihm gesinnungsverwandten Presse mehr als einmal Unwahrhaftigkeit nachgewiesen. Reghäuser hat ja auch selbst seinerzeit in einem Prozeß mit Fischer kaltblütig die Auffassung vertreten, eine tiefe Feindschaft gegen Fischer habe ihn daran gehindert, die Wahrheit zu schreiben. In den Prozeßberichten der sozialdemokratischen Presse war damals von einem „Tiefstande Reghäuser'scher Moral“ zu lesen. Tatsächlich sind diese Fälle nur typisch für die ganze Art, in der die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung bekämpft.

Die Tarifierneuerungen im Handwerk.

In mehreren Zweigen des handwerksmäßigen Gewerbes sind zur Zeit Verhandlungen zur Erneuerung der Tarifverträge im Gange. Wie sie auslaufen werden, sieht noch dahin, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß wir am Vorabend großer wirtschaftlicher Kämpfe stehen, umso mehr, als die Tarifbewegungen der einzelnen Gewerbe untereinander in einem gewissen Zusammenhang stehen.

1. Ueber die Tarifbewegungen im Holzgewerbe haben wir bereits in Nr. 5 dieser Zeitung berichtet. Bekanntlich sind die Verhandlungen gescheitert, weil die Arbeitgebervertreter unter keinen Umständen zu genügen-

den Zugeständnissen bereit waren. Nunmehr hat sich der um das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen hochverdiente Freiherr von Verlepich der Sache angenommen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter seinem Vorherrschaft erzielt. Die neuen Verhandlungen sollen zunächst der Erledigung der strittigen prinzipiellen Fragen dienen. Falls man auf beiden Seiten den Wunsch äußert, wird Freiherr von Verlepich über Vertragsdauer, Klausultermine, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Arbeitsnachweis einen Schiedspruch fällen, wenn eine Einigung der Parteien untereinander über diese Punkte nicht erzielt wird.

Somit ist es den Bemühungen v. Verlepich's gelungen, die Parteien erneut zusammenzuführen. Damit ist jedoch die Gefahr eines großen Kampfes keineswegs beseitigt. Die Arbeiterblätter äußern sich sehr pessimistisch. Sie vertreten die Auffassung, daß der Unternehmerverband einen Konflikt will. „Wir haben allen Grund“, schreibt das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, „solange zu rüsten und das Pulver trocken zu halten, nicht nur, bis die Verträge unterzeichnet, sondern bis deren Bestimmungen auch in der Praxis Geltung erlangt haben.“

2. Im Malergewerbe haben unter dem Vorherrschaft der Unparteiischen Dr. Brenner-München, Beigeordneter Rath-Gessen und Mag.-Rat von Schulz-Berlin im Monat Januar ebenfalls Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifs stattgefunden. Daran ist auch unsere Bruderorganisation, der Zentralverband christlicher Maler, beteiligt. Dieser hat mit Rücksicht auf die Tarifberatungen eine Erhebung unter seinen Mitgliedern über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe veranstaltet, die ein außerordentlich wertvolles und brauchbares Material zutage förderten. Diese Arbeit unseres Bruderverbandes verdient die höchste Anerkennung. — Von besonderem Interesse sind bei der Bewegung im Malergewerbe zwei Punkte:

Vom sozialdemokratischen Malerverbande war beantragt, die Arbeitsnachweise streng obligatorisch zu gestalten. Demgegenüber vertrat der christliche Malerverband seinen ablehnenden Standpunkt, der sich mit jenem unserer Gesamtbewegung deckt, mit dem Erfolg, daß der sozialdemokratische Vorstoß wirkungslos verpuffte. Es ist nun im Malergewerbe der Gefahr eines sozialistischen Arbeitsmonopols auch auf diesem Wege vorgebaut.

Die andere Frage wurde von den Arbeitgebern aufgeworfen; sie verlangten von den Gehilfenorganisationen, für jede Tarifverletzung finanziell zu haften. Da diese Haftung die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zur Voraussetzung hat, fand dieses Verlangen keine Berücksichtigung im Tarifvertrag.

Zur materiellen Seite der Sache folgendes: Die Arbeitgeber schlugen für den Winter eine Arbeitszeitverkürzung und nur für einzelne Gebiete Deutschlands eine Lohnerhöhung um je einen Pfennig pro Stunde für 1913 und 1914 vor. Einzelne Landesteile sollten gar nichts geben, so Norddeutschland. Im Osten wollten die Unternehmer nur im Jahre 1913 einen Lohnzuschlag von einem Pfennig die Stunde gewähren. Darauf konnten die Gehilfenvertreter unmöglich eingehen. Die Lohnzugeständnisse waren total unbefriedigend, und auf eine Arbeitszeitverkürzung im Winter konnten sie verzichten, denn dann sind 63 Prozent der Gehilfen arbeitslos und der andere Teil arbeitet ca. sieben Stunden am Tage. Beschlossen wurde auf Vorschlag der Unparteiischen, die Frage der Arbeitszeiten und Löhne in den einzelnen Gauen zu erledigen und, wo das nicht gelingt, am 22. Februar in Berlin endgültig zu entscheiden. Der alte Tarif ist bis zum 28. Februar verlängert. Diesem Vorschlag wurde allgemein zugestimmt. Wenn die Arbeitszeit und Lohnhöhe eine ebenso befriedigende Regelung erfährt, wie das hinsichtlich des Tariffchemas geschehen ist, dann rechnen die Maler mit einem friedlichen Abschluß ihrer Bewegung.

3. Das Baugewerbe ist am 29. Dezember v. J. unter dem Vorherrschaft des Herrn Dr. Brenner in die Vorbereitungen der Tarifverneuerung eingetreten. Am 21. Januar wurden die in München abgewichenen Verhandlungen in Berlin wieder aufgenommen. Den Vorherrschaft führten die drei oben genannten Unparteiischen. Auch hier stehen sich die Parteien ziemlich scharf gegenüber. Die Arbeitgeber sind der Meinung, für mehrere Orte einen mehrjährigen Tarif ohne jede Lohnerhöhung abzuschließen zu können. Der Hauptverband wollte überhaupt keine Garantien hinsichtlich der Lohnfrage geben, nicht einmal seinen angeschlossenen Bezirks- und Ortsverbänden eine allgemeine Lohnerhöhung empfehlen. Bezüglich der Arbeitszeit beharrten die Unternehmer auf den Beschluß, daß eine Arbeitszeitverkürzung unter 10 Stunden nicht erfolgen soll, nur in Gebieten mit besonderen Wohn- und Verkehrsverhältnissen soll unter 10 Stunden gegangen werden dürfen. Die Arbeitervertreter konnten zu diesem Beschlusse natürlich nicht einfach Ja und Amen sagen. Ferner will der Unternehmerverband an seinem einseitigen Arbeitsnachweise festhalten. Von Arbeitseite wird die Regelung im Tarifvertrag gewünscht; „freier“ Bauarbeiterverbandsseite wird der paritätische, obligatorische Arbeitsnachweis, von christlicher Verbandsseite nur der paritätische gefordert. Es kommen dabei die in den letzten Jahren vorgekommenen Mißbilligkeiten und Ungerechtigkeiten seitens einzelner Arbeitgeber nachweise zur Sprache.

Auch in der Frage der Alfordarbeit konnte keine Einigung erzielt werden. Schließlich unterbreiteten die Unparteiischen den Parteien folgende Vermittlungsvorschläge:

„Wir halten im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung der Vertragsverhandlungen es für zweckdienlich, wie folgt zu verfahren:

1. Es wird der 24. Februar zur weiteren Verhandlung in Aussicht genommen.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis spätestens 15. Februar ihre Anträge zum Hauptvertrag und Vertragsmuster jedem Unparteiischen ausschließlich zur persönlichen Kenntnisaufnahme einzureichen.

3. Am 24. Februar soll im Verfolg der eingereichten Anträge über den Hauptvertrag und das Vertragsmuster beraten und hierüber zunächst eine Einigung erstrebt werden.

Zugleich soll über die Zubilligung einer Lohnerhöhung verhandelt werden. Zur Schaffung einer geeigneten Grundlage für diese Verhandlung wird dem Arbeitgeberbund nahegelegt, nach erneuter Fühlungnahme mit seinen Mitgliedern inzwischen in eine nochmalige Prüfung dieser Frage einzutreten.

4. Nach Erledigung dieser Fragen haben die örtlichen bzw. Bezirksverbände über die im Vertragsmuster offen gelassenen Punkte zu verhandeln und ernstlich eine Einigung zu erstreben.“

Nach kurzer Beratung erklärten sich die Parteien mit diesen Vorschlägen einverstanden. Damit treten die Verhandlungen in ein wirksameres Stadium und dürften bald zur Entscheidung nach der einen oder anderen Seite drängen.

4. Der innere Zusammenhang, der bei diesen drei großen Tarifbewegungen vorhanden ist, geht aus folgendem hervor. Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, dem jetzt neun große Arbeitgeberzentralverbände des gesamten Baugewerbes angehören, teilt mit, daß in einer am 20. Januar in Berlin abgehaltenen Ausschlußsitzung die Vorherrschaften des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe und des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe Bericht über die im Laufe der letzten Wochen gepflogenen Tarifverneuerungsverhandlungen erstatteten. Es wurde für den Fall, daß eine friedliche Verlängerung der demnächst ablaufenden Tarifverträge an den hohen, mit der außerordentlich schlechten Geschäftslage im Baugewerbe nicht zu vereinbarenden Forderungen der Arbeiterführer scheitern sollten, beschlossen, daß die Mitglieder der dem Reichsbunde angehörenden Verbände sich gegenseitig während etwaiger Ausstände unterstützen, insbesondere auch durch Verlängerung der Lieferungsfristen.

5. Auch im Schneidergewerbe sind anfangs dieser Woche (10. Febr.) die Verhandlungen zur Tarifverneuerung aufgenommen worden. Am 1. Dezember v. J. kündigten die Gehilfenorganisationen für 50 Orte die Tarifverträge und reichten gleichzeitig neue Forderungen ein. Da die Arbeitgeber in bezug auf die Lohnfrage zum Teil gar keine, zum Teil nur äußerst minimale Zugeständnisse machten, haben die vertragsmäßig vorgesehenen örtlichen Verhandlungen zu keiner Verständigung geführt. Nunmehr treten am 10. Februar in Dresden die Hauptvorherrschaften der vertragsschließenden Parteien unter dem Vorherrschaft eines unparteiischen Kollegiums zu einem Schlichtungsverfuch zusammen. An den diesjährigen Bewegungen ist der christliche Schneiderverband an 23 Orten beteiligt und wird dementsprechend an den Verhandlungen teilnehmen.

Kommt es in den einzelnen Gewerben zum Kampfe, so werden an die Leistungsfähigkeit unserer christlichen Verbände ganz besonders hohe Anforderungen gestellt. Sie werden sich nach zwei Richtungen hin behaupten müssen: zunächst gegenüber den Anstürmen des organisierten Unternehmertums, dann aber auch gegenüber den Bestrebungen mehrerer Genossenverbände, unsere christlichen Organisationen in diesen Kämpfen kaputt zu streifen.

Der positive Regulator.

II.

st. Da die Wirkungsweise, wie schon angedeutet, bei den verschiedenen Formen des positiven Regulators nicht geändert wird, gleichgültig, ob die ursprünglich von einem Stuhlsteif, z. B. dem Ladinus, dem ersten Rad gegebene Umdrehung durch Kammräder oder Schneckenräder auf das Rad des Abzugsbaumes übertragen wird, so erübrigt es sich auch, auf diese verschiedenen Formen einzugehen, umso mehr, als durch vorliegende Ausführungen und allgemein die hier in Frage kommenden Gesichtspunkte angedeutet werden sollen, denn es gibt tatsächlich, was man eigentlich nicht für möglich halten sollte, Stuhlmeister und Einrichter genug, welche die richtige Schußdichte einstellen können, ohne über die Theorie und die Wirkung des Regulators im Klaren zu sein; sie haben von ihrem Vorgänger oder ihrem Lehrmeister gewisse Zahlen oder Tabellen erhalten, welche richtig waren, und mit diesen rechnen sie bis in alle Ewigkeit, ohne sich besondere Kopfschmerzen zu machen. Treten dann einmal abnorme Verhältnisse ein, so geht es ohne erhebliche Störungen nicht ab, und erst nach längerem Probieren gelingt es, die richtige Schußdichte zu erzielen, obgleich es eigentlich furchtbar einfach ist, sich mit jed. Situation abzufinden, wenn man die Theorie begriffen hat.

Versuchen wir, vorläufig ohne Rücksicht auf die in der Weberei tatsächlich vorhandenen Normen, über das Verhältnis eines Rädergetriebes mit Uebersehung klar zu werden, so werden wir vor allen Dingen erst fragen müssen, was wir eigentlich erreichen wollen. Hier können wir gleich die Anforderungen der Weberei heranziehen. Sagen wir beispielsweise, wir wollen eine Ware herstellen, welche 30 Schuß pro Zentimeter hat, so heißt das nichts anderes, als der Warenabzugsbaum muß sich einmal um seine Achse gedreht, wenn der Stuhl soviel Touren gemacht hat, als die Zahl angibt, welche man erhält, wenn die Zahl der Zentimeter des Abzugsbaumumfanges mit 30 multipliziert wird. Nehmen wir an, dieser Baum hätte 60 Zentimeter Umfang, so ergibt das 60x30=1800. Hat nun das auf der Achse dieses Baumes sitzende Rad 100 Zähne, so müßte also bei je 18 Schuß dieses Rad um einen Zahn gedreht werden. Bei Uebersehung sind

gewöhnlich zwei Räder zusammengefügt, ein großes und ein kleines. Der Einfachheit halber möge angenommen werden, daß das große Rad auch 100, das kleine 20 Zähne habe, so folgt daraus, daß ein folgendes Rad, welches mit dem großen kamm, fünfmal so oft sich umdrehen würde, als dieses Doppelrad, wenn das kleine angetrieben wird. Umgekehrt würde ein folgendes Rad, welches mit dem kleinen kamm, nur ein Fünftel so schnell fortrollen, als wenn es mit dem großen kammte. In dieser Weise lassen sich alle möglichen Verhältnisse in der Uebersehung erzielen.

Bei dem positiven Regulator, wie er in der Kammweberei gebräuchlich ist, kann man meist mit bestimmten Zahlen rechnen. Die Doppelräder haben meist eine Uebersehung von 125:13 oder 125:26. Die Steigräder haben meist 90 oder 100 Zähne. Man wird also, ehe man etwas unternehmen kann, diese Zahlen erst feststellen müssen, ebenso den Umfang des Abzugsbaumes. Dann macht folgenden Ansatz: Abzugsbaum (in Zentimeter) x Zähne des kleinen Rades vom Doppelrad, dividiert in Abzugszähne x Zähne des großen Rades vom Doppelrad. Das erhaltene Produkt wird mit der Zähnezahl des Steigrades multipliziert und die erhaltene Zahl wird durch die verlangte Schußzahl dividiert, wobei man die Zähnezahl des Wechsellades erhält. Hat man andere Räder, als die angegebenen, so müssen natürlich deren Zähnezahlen in Rechnung gestellt werden.

Weitere Abweichungen ergeben sich, wenn man das Steigrad zwei oder gar drei Zähne schieben läßt, in welchem Falle die in Rechnung zu setzende Zähnezahl des Steigrades entsprechend reduziert werden muß.

Um nun nicht jedesmal rechnen zu müssen, wird man gut tun, wenn man, nachdem man sich über den Rädervorrat orientiert hat, Tabellen anlegt, welche die einzelnen Uebersehungsverhältnisse angeben, sobald man stets mit einem Blick feststellen kann, ob es überhaupt möglich ist, die verlangte Schußzahl mit dem gerade im Stuhl befindlichen Steigrad zu erzielen. Häufig wird das nicht der Fall sein und man dann erst ebenfalls verschiedene Möglichkeiten durchrechnen müssen. Eine solche Tabelle gibt, wenn sie richtig angelegt ist, alle Radverhältnisse an, mit denen dieselbe Schußzahl zu erreichen ist.

Allgemeine Rundschau.

Stimmen für die christlichen Gewerkschaften aus dem evangelischen Lager. In drei evangelischen Gemeindeversammlungen zu Aue i. Sachsen evang. Gewerkschaftssekretär Voigt-Dresden über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Nachstehende Resolution wurde jedesmal einstimmig angenommen: „Die Versammlungen erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlich und national gesinnten Arbeiter Schutz und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche, wie sie in der „Christlichen Gewerkschaft“ seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern.“

Das widerlegt besser als alles andere das sozialdemokratische Gerücht von den Zentrums-Gewerkschaften.

Zum Kampfe des graphischen Zentralverbandes in Kevelaer. Unsere Bruderorganisation im graphischen Gewerbe hat in Kevelaer einen Kampf aufnehmen müssen, der voraussichtlich recht hartnäckig und langwierig werden wird. Wir haben von den Differenzen, die bestanden, bereits berichtet. Alle Versuche, es zu einer friedlichen Verständigung zu bringen, sind gescheitert. Man will den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht einräumen.

Der graphische Zentralverband hat vor neun Jahren dort eingesetzt; nach langen Quengeleien ist seine Zahlstelle indes wieder eingegangen. Man hat es in Kevelaer mit der gleichen Erscheinung zu tun, wie in manchen, ähnlich gearteten Bezirken:

mit einem ausnahmsweise sozial-rückständigen Unternehmertum, das sich selbst koaliziert, aber den Arbeitern auf die erdenklichste Art und Weise das organisatorische Zusammenarbeiten zu unterbinden sucht.

Vor einigen Monaten ist es dem graphischen Verbands wieder gelungen, in Kevelaer erneut Fuß zu fassen, und gleich wurden von der Firma Thum wieder vier Verbandsmitglieder entlassen. Daraufhin haben 36 weitere Arbeiter der gleichen Firma die Arbeit niedergelegt. Herr Thum stellt in der Hauptsache Gebetbücher her. Nun sucht er auf alle mögliche Art und Weise Arbeitswillige für seinen Betrieb heranzuziehen. In Zeitungsinserten werden als Grund der Vakanz „Arbeitschwierigkeiten“ mit dem christlichen Verband angegeben, was sich bald so anhört, als wenn besonders auf Gegner der christlichen Arbeiterbewegung reflektiert würde. In Privatbriefen an Stellensuchende wünscht Herr Thum Gehilfen, die „weder dem christlichen noch dem sozialdemokratischen Verband angehören dürfen“. Ein Beweis, daß die Firma es in erster Linie auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abgesehen hat. Andere Gebetbucherfirmen in Kevelaer suchen nun unter der Hand Streikarbeit von Thum unterzubringen. Die Arbeiter dieser Betriebe lehnen das ab und haben schon Ueberstunden vertweigert, sobald auch hier Differenzen auftauchen.

Der graphische Zentralverband wird also nicht daran vorbeikommen, jetzt ernsthaft in Kevelaer durchzugreifen und dort gegen alle Gebetbuchfabrikanten — es sind deren fünf — den Kampf aufzunehmen. Der Kampf kann dem graphischen Zentralverband erleichtert werden, wenn sich die christliche Arbeiterschaft geschlossen hinter den Verband stellt. Die katholische Arbeiterschaft ist es, die die Produkte der Kevelaerer Gebetbuchfabrikation größtenteils kauft.

Deren Bestreben muß es nunmehr sein, den Kevelaerer Unternehmern den Einfluß der in den christlichen

Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter fühlbar zum Bewußtsein zu bringen.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, überall in diesem Sinne zu wirken. Wir müssen den Kampf der Kollegen vom graphischen Verbands zu unserer eigenen Sache machen.

„Frei“ gewerkschaftliche Jugendagitation. Mit großem Nachdruck und auch Erfolg ist die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie seit Jahren bestrebt, die heranwachsende Jugend für ihre Reihen und Ziele zu gewinnen.

„Der Emanzipationskampf der arbeitenden Klassen hat schon schwere Opfer erfordert. Dieser große Kampf steht jetzt auf seiner Höhe und die Entscheidung fällt in der Zukunft. Darum durchdrängen wir unsere Jugend mit proletarischem Klassenkampfgeiste, daß sie würdig und begeistert das große und teure Erbe der Alten antrete und unseren gerechten Kampf zum siegreichsten Ende führe!“

In demselben Geiste will der sozialdemokratische Maurerverband die „baugewerbliche Jugend“ erziehen. Auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung dieses Verbandes wurde beschloffen, überall Jugendabteilungen einzurichten und mit einer tatkräftigen Agitations- und Erziehungsarbeit unter der Jugend einzusetzen.

Angesichts dessen wird die Jugendagitation für die christlichen Gewerkschaften zu einer zwingenden Notwendigkeit. Konfessionelle Jugendvereine und christliche Berufsorganisationen müssen bei dieser Arbeit einander ergänzend zusammengehen.

Eine gewerkschaftliche Versicherungskasse für Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner. Eine besondere Versicherung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Verbandes, also vornehmlich der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, hat der letzte Verbandstag des sozialdemokratischen Maurerverbandes beschloffen. Unseres Wissens hat außer dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband bislang noch keine gewerkschaftliche Berufsorganisation eine derartige Einrichtung gehabt.

Die Kasse soll ohne besondere Vergütung von dem Verbandsvorstand verwaltet und getrennt von der Verbandshauptkasse geführt werden. Unterstützungen aus dieser Kasse sollen gewährt werden:

- a) an Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen ihre Gesundheit schädigenden Unfall erlitten haben, auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit;
- b) an Mitglieder, die infolge der unter a bezeichneten Umstände dauernd erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt geworden sind;
- c) an Hinterbliebene solcher Mitglieder, deren im Dienste der Organisation erlittener Unfall den Tod zur Folge hatte;
- d) an Angestellte des Verbandes, die dem Versicherungsgesetz für Angestellte nicht unterstehen und auch zu der Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten nicht zugelassen werden, wenn sie infolge Alters und Invalidität dienstunfähig geworden sind;
- e) an Hinterbliebene der unter d genannten Angestellten.

Ein weiterer Zweck der Unterstützungsstelle ist die Vor- und Nebenversicherung der versicherungspflichtigen Angestellten des Verbandes für die Zeit, wo ein Recht auf Rentenbezug aus der Angestellten- und Invalidenversicherung (auch der in der sozialdemokratischen Bewegung vorhandenen, auf freiwilliger Grundlage aufgebauten „Unterstützungsvereinigung“) noch nicht besteht. Zur Durchführung dieses Zweckes übernimmt die Unterstützungsstelle des D. B. S. für alle Angestellten die volle Beitragszahlung zu der Angestellten- und Invalidenversicherung (auch zu der Unterstützungsvereinigung). Die Angestellten zahlen dafür einen angemessenen Beitrag an die Unterstützungsstelle.

Die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Unterstützungsstelle sollen aus Beiträgen der Verbandshauptkasse und aus Beiträgen der Angestellten aufgebracht werden.

Die Verbandshauptkasse zahlt einen Gründungsfonds von 20000 Mk. in die Unterstützungsstelle und leistet an laufenden Beiträgen 2 pro Mille der Hauptkasseneinnahme aus den regelmäßigen Verbandsbeiträgen (von je 1000 Mk. Verbandsbeitrag 2 Mk.). Die Angestellten des Verbandes zahlen persönlich Beiträge, und zwar 2 1/2 Prozent ihres Gehalts.

Ein Staatsminister über das Streikpostenwesen. Der frühere bayerische Staatsminister v. Landmann, der Verfasser des größten und besten Kommentars zur Gewerbeordnung, veröffentlicht in der „Deutschen Juristenzeitung“ eine Abhandlung über das Streikpostenwesen. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgende Stellen:

„Um das Verbot des Streikpostenwesens zu rechtfertigen, müßte man annehmen, daß schon durch die bloße Anwesenheit von Streikposten die Arbeitswilligen dementsprechend eingeschüchtern werden, daß sie oder wenigstens ein Teil derselben es nicht wagen, zur Arbeit zu kommen. Es mag dies in einzelnen Fällen zutreffen, aber daß allgemein schon das Vorhandensein von Streikposten eine solche Wirkung hat, ist nicht zu glauben. Es mag ja auch vorkommen, daß Arbeitswillige, deren Namen durch die Streikposten fest-

gestellt sind, zwar nicht an der Pforte der Fabrik, aber auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte oder in ihrer Behausung angegriffen werden; aber die Personen, die solches tun, sind andere, als die Streikposten, und es läßt sich nicht rechtfertigen, deswegen die Letzteren zu bestrafen. Es mag auch vorkommen, daß die Feststellung der Arbeitswilligen durch die Streikposten zu dem Zwecke erfolgt, damit die Streikleitung deren Namen den Wirten, Krämeru usw., bei welchen sie ihre Lebensmittel einkaufen, mitteilen und ihre Boykottierung veranlassen kann; allein in solchen Fällen wird auf die Urheber des Boykotts (der „Berufserklärung“) die Strafbestimmung des § 153 Gew.-O. Anwendung finden können; warum aber die Streikposten selbst strafbar sein sollen, ist nicht wohl einzusehen.

Man wird vielmehr davon ausgehen müssen, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen, und zwar insbesondere bei den Kämpfen im Gewerbe um Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Ueberwachung des Gegners ein berechtigtes und insofern auch ein notwendiges Kampfmittel ist, als diese Ueberwachung den streitenden Teilen ermöglicht, leichter zu beurteilen, ob der Kampf erfolgreich sein wird oder ob er aussichtslos ist und daher eingestellt werden muß. Wer den Arbeitern das Streikpostenwesen verbieten will, nimmt damit Partei für die Arbeitgeber. Die Gerechtigkeit würde es erfordern, daß den Arbeitgebern auch die Kontrollierung der von ihnen verfügten Aussperrungen bei Strafe verboten wird. Wie der Gewerbeverein eine von ihm über ein Gewerbe oder einen Betrieb verhängte Arbeitsperrre durch die Streikposten kontrollieren läßt, so kontrollieren die Arbeitgeber gegenständig die Nichtstellung ausgesperrter Arbeiter oder von „Organisierten“ durch schwarze Listen, durch Arbeitsnachweise und Verbandswanderbücher. Auch die von den Arbeitgebern ausgesperrten Arbeiter sind „Arbeitswillige“, die durch solche arbeitgeberische Maßnahmen, durch welche ihnen die Wiedererlangung von Beschäftigung erschwert wird, ebenso behelligt werden wie die Arbeitswilligen, die bei einem Streik nicht mitzumachen wollen, durch die Streikposten.

Auch aus dem Gesichtspunkt der Präventivpolizei sei das Verbot des Streikpostenwesens nicht zu rechtfertigen. Allen Ausschreitungen könne, ohne daß es neuer gesetzlicher Bestimmungen bedürfe, durch ein planmäßiges, geschicktes und zugleich energisches Vorgehen der Polizeibehörden und ihrer Organe vorgebeugt werden:

„Die Schulkleute müssen aber zur rechten Zeit und in genügender Zahl am Platze, dürfen nicht jung, unerfahren und hitzig und müssen von erprobten Leuten befehligt sein, die es verstehen, mit den Arbeitern ruhig zu reden. Man braucht dazu erfahrungsgemäß nicht einmal besondere Straßen- und verkehrspolizeiliche Vorschriften.“

Bei großen Streiks, bei welchen viele Tausende feiern, hat ein Verbot der Streikposten überhaupt kaum einen Zweck. Bei solchen Gelegenheiten, wie bei dem letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier 1912, sind es nicht die Streikposten, durch welche die Arbeitswilligen behindert werden, sondern die Massen der Streikenden, welche die Eingänge zu Arbeitsstätten belagern, dann die aufgeregten Frauen und Kinder der Streikenden, welche die Straßen füllen, und die ravaulstigen Zugänger, die bei solcher Gelegenheit ihrer Rohheit die Zügel schiefen lassen. Auch nimmt bei solchen Massenstreiks der Terrorismus gegen die Arbeitswilligen noch ganz andere Formen an, als den der Bedrohung beim Gang von und zur Arbeitsstätte.

Den besten Schutz genießen Arbeitswillige freilich dann, wenn Streiks und Aussperrungen überhaupt vermieden werden. Hierüber zu schreiben, würde zu weit führen. Das wirksamste Mittel, um den gewerblichen Frieden zu erhalten, dürfte sein, wenn Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in jedem Gewerbe sich so zum Kampf rufen, daß keiner von beiden Teilen mutwillig einen Streit vom Zaune zu brechen wagen wird.“

Die „Berliner“ von den zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe ausgeschlossen. Die Fachabteilungen „Sitz Berlin“ hatten bei den maßgebenden Instanzen den Antrag eingebracht, zu den zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe zugelassen zu werden.

Der Antrag ist abgelehnt worden. Darob sind die „Berliner“ nun ganz unglücklich. Besonders sind sie erbost darüber, daß auch der christliche Bauarbeiterverband angeblich „in geradezu terroristischer Weise die Vertreter der anderen Organisationen von der Teilnahme an den zentralen Verhandlungen“ ausschloß. Die „Berliner“ hätten erwartet, daß die Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes zu unseren Gunsten Partei genommen hätten, haben uns aber, wie schon so oft, getäuscht.“ (Der Arbeiter Nr. 3, 1913.)

Wie verhält sich die Sache? Der Beratungskommission zur Erneuerung der Tarifverträge lagen Anträge auf Zulassung von mehreren kleineren, bedeutungslosen Organisationen vor, so von dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein, der polnischen Organisation, den Anarchos und endlich den „Berlinern“. Der „freie“ Maurerverband und der christliche Bauarbeiterverband hatten eine Vorbesprechung, um sich über die Behandlung der Anträge einig zu werden. In dieser Vorbesprechung hat sich der christliche Bauarbeiterverband auf den durchaus richtigen Standpunkt gestellt, daß Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, die Tarifverträge erstreben und sie nötigenfalls sich auch erlauben, sie aber auch durchzuführen in der Lage sind, zu den Verhandlungen zugelassen seien. Die Fachabteilungen können er aber als Organisation in diesem Sinne nicht anerkennen.

An diesem Standpunkt kann kein gewerkschaftlich denkender Mensch rütteln. In den Verhandlungen selbst hat der christliche Bauarbeiterverband gar nicht mehr zu der Sache Stellung genommen, nachdem aus den Worten des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes zu entnehmen war, daß dieser evtl. die Verhandlungen scheitern lasse, wenn die Zahl der an den Verhandlungen teilnehmenden Gruppen zu groß würde.

Zu der Meinung des „Arbeiters“, der christliche Bauarbeiterverband habe sich für die Zulassung der Fachabteilungen aussprechen müssen, erklärt die „Baugewerkschaft“ (Nr. 5, 1913), das Organ unseres Bruderverbandes:

„Diese Meinung in Ehren, in unseren Augen ist sie eine ungemöhnliche Dreifigkeit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Nach all den verleumderischen Verunglimpfungen, die man uns in den letzten Jahren zugefügt, nach all dem arbeiterschädigenden Treiben der Fachabteilungen glaubt diese Gesellschaft, für deren bekanntes Tun wir nur Verachtung empfinden, uns noch ein Eintreten zu ihren Gunsten zuzumuten. Wie wir nicht charakterlos genug wären, ein solches Ansinnen im ungelehrten Falle zu stellen, so sind wir es auch nicht, um es durchzuführen.“

Weiter führt die „Baugewerkschaft“ an, daß man den Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes nicht zumuten könne, sich mit dem Vertreter der Fachabteilungen an einen Tisch zu setzen, denn dieser Mann sei bis zu seiner Anstellung bei den Fachabteilungen heimlich Mitglied des sozialdemokratischen Zimmererverbandes gewesen, während er die christlichen Gewerkschaften bekämpfte und öffentlich für die Fachabteilungen eintrat. Noch im Jahre 1909 stand er in der Schuld genannten Verbandes. Und wenn er jetzt in dem Gesuch um Zulassung zu den Verhandlungen die Mitgliederzahl der Bauabteilung mit 10000 angebe, während sie in Wirklichkeit nur 4- bis 600 zähle, so stehe das genau auf der Höhe der Wahrheit, wie die Behauptung in dem Telegramm an den Papst von der Friedrichshainversammlung am 10. Dezember mit den 3000 Versammlungsteilnehmern, während es nur höchstens 1700 waren.

Ferner erinnert die „Baugewerkschaft“ an mehrere Kämpfe, bei denen die Fachabteiler den kämpfenden Arbeitern elend in den Rücken fielen.

Wir halten den Standpunkt des christlichen Bauarbeiterverbandes in der Sache für durchaus richtig. Man muß von solchen Verhandlungen die Fachabteilungen ausschließen, nicht lediglich aus Feindschaft gegen dieselben, sondern weil sie grundsätzlich und praktisch garnicht die Folgen zu übernehmen in der Lage sind, die sich aus solchen Verhandlungen ergeben können und zum Teil ergeben müssen. Wir erinnern daran, daß gelegentlich der Beratungen im Malergewerbe die „Berliner“ von dem Arbeitgebervorstand abgewiesen wurden mit der Begründung, die „Berliner“ Fachabteilungen wären infolge ihrer Stellung zum Streik gar nicht in der Lage, die Verpflichtungen des Tarifs durchzuführen. Das ist ein gewerkschaftlich einwandfreier Standpunkt.

Hirsch-Dundersche „Neutralität“. In einem von den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen verbreiteten Flugblatt: „Links, rechts oder gerade aus?“ finden wir folgende Sätze: „Frei sei die Organisation und frei sei der Mensch in der politischen Betätigung wie in der Übung seiner Religion. . . . Es darf mithin keine Partei- und keine Kirchengewerkschaften geben, die Gewerkschaften der Zukunft können nur interpolitisch und interkonfessionell sein. Diese Gewerkschaften sind bereits vorhanden, es sind die deutschen Gewerbevereine.“ Schön gesagt, nur stimmt nicht! Wir haben unlängst noch Gelegenheit gehabt, zu zeigen, wie windig es mit der religiösen Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften aussieht. Heute wollen wir wieder einmal an einem interessanten Beispiel deren parteipolitische „Neutralität“ beleuchten. In den liberalen „Augsburger Neuesten Nachrichten“ lasen wir folgenden Versammlungsbericht:

„Der Bürgerrechtserwerberverein der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine Lechhausen hatte am Sonntag Abend im Gasthaus zur „Weißen Rose“ in Lechhausen eine Versammlung einberufen, um über die Stellungnahme der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine zu den bevorstehenden Gemeindevahlen zu beraten. Neben zahlreichen Mitgliedern der Gewerbevereine waren die Kandidaten für die Gemeindevahlen, Hffig- und Spirituosenfabrikant Kröner sowie eine Anzahl Herren des liberalen Bürgervereins Lechhausen und der Augsbürger liberalen Vereine erschienen. Nach herzlicher Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden leit verlas Schriftführer Jung das Protokoll der letzten Generalversammlung. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine beschlossen haben, auch diesmal wieder die liberale Liste nachdrücklich zu unterstützen. Redner gab sodann einen interessanten Rückblick auf die Rathauspolitik Lechhausens, wünschte eine Minderung der Bürger- und Heimatrechtsgebühren sowie der Naturalisierungsgebühren für Ausländer nach 20-30 jährigem Aufenthalt. Nachdem der Vorsitzende noch das Programm der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, das sich mit dem liberalen Programm in der Hauptsache deckt, bekanntgegeben hatte, schloß er mit der Aufforderung, am Wahltage voll und ganz für die liberale Liste einzutreten. Nach kurzer Pause ergriff Johann Herr Fabrikant Pfänder das Wort und teilte mit, daß zuerst Verhandlungen zwischen den drei Parteien gepflogen worden seien, um von jeder Partei zwei Mann in das Kollegium zu wählen. Die Liberalen seien wohl damit einverstanden gewesen, aber die Sozialdemokraten wollten aus Misträuen gegen die Zentrumspartei nicht mittun. Redner begrüßt sodann die Gründung eines fortschrittlichen Arbeitervereins und gab der Hoffnung Ausdruck, daß derselbe mit dem liberalen Bürgerverein zusammenarbeiten. Das Programm der Hirsch-Dunderschen sei um so leichter zu akzeptieren, als es sich ja mit dem liberalen decke. An der folgenden, sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Herren Stüger, Kröner, Ernst und Bauer. Im Schlusswort wandte sich der Vorstand gegen die politisierenden Eifrigen und empfahl treues und standhaftes Eintreten zum Wohle des Vaterlandes, der Heimat und der Gemeinde.“

Wir müssen gestehen, das ist eine recht sonderbare Neutralkritik. Uebrigens steht dieses Beispiel lange nicht vereinzelt da. Von einer Entgleisung einer einzelnen Ortsgruppe kann also nicht gesprochen werden.

Ein sozialdemokratischer Meber. In Göttingen hatte bekanntlich der dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie angehörende Genosse Kinkel als Kontrolleur der dortigen Ortskrankenkasse gefälschte Rapporte erstattet. Deswegen erkannte der Gemeinderat in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde auf Dienstentlassung.

Der Radikalsozialist Kinkel macht, trotz allem, was vorgekommen ist, immer wieder von sich reden. Seine Verfehlungen an der Krankenkasse und seine Prozesse werden von seinen Genossen nicht tragisch genommen. Sie haben ihm erst vor einigen Tagen wieder ein Vertrauensvotum überreicht mit der Begründung, daß die Moral der Sozialdemokratie eine andere sei als die der Bürgerlichen.

Und einen derart gezeichneten und bloßgestellten Genossenschaftsgenossen unterstützt die Partei offiziell! Sie tut es, weil die Moral der Sozialdemokratie eine andere sei wie die der Bürgerlichen. Eine nette Moral, die sich mit den Taten Kinkels identisch erklärt.

Eine interessante „Terrorismus“geschichte. In Nettelstedt (Westfalen) sollen bei der Firma H. Heubed die christlich organisierten Tabakarbeiter gekündigt haben, weil einige unorganisierte Arbeiter eingestellt wurden.

Festgestellt wurde zunächst, daß in dem Betriebe neben 26 christlich- und 8 „frei“-organisierten Arbeitern noch 16 unorganisierte beschäftigt sind. Einer dieser unorganisierten hatte nun seine organisierten Mitarbeiter fortgesetzt beleidigt und sie besonders wegen ihrer Organisationszugehörigkeit heruntergerissen.

Nun ergaben sich aber noch einige interessante Begleiterscheinungen. Der westfälische Zigarrenfabrikantenverband teilte der nicht dem Verbands angehörigen Firma Heubed brieflich mit, sie habe über die bei ihr beschäftigten Arbeiter die Sperre verhängt, weil 25 (?) christlich organisierte Arbeiter wegen 4 (?) Unorganisierten gekündigt hätten.

Das Vorgehen des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes verdient nach zwei Seiten hin Beachtung. Einmal stimmen sowohl die in dem Bericht der „Vielefelder Volkswacht“ als auch die in dem Schreiben des Fabrikantenverbandes angeführten angeblichen Gründe für die Kündigung der Arbeiter vollständig überein.

Sehr böser Hereinfall eines „gelben“ Sekretärs. Ein Herr Franke, seines Zeichens Sekretär der „gelben“ Arbeitervereine in Minden, hat einen ganz bösen Hereinfall erlebt. Der für die Interessen der Arbeitgeber besorgte Herr Franke war nach Deynhäusen gekommen, um die Arbeiter über die Ziele der gelben Bewegung aufzuklären.

Ueber die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung verzapfte der gescheite gelbe Herr eine Wissenschaft, die ihn bei allen nur etwas Eingeweihten lächerlich machte. Er gab auch zu, daß manchmal Arbeiter von ihren Prinzipalen zur Mitgliedschaft in den gelben Vereinen gezwungen würden.

Dieselben Leute ziehen mit der „nationalen“ Flagge durchs Land und preisen sich in marktschreierischer Weise als einziges festes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie an!

Aus unserer Industrie.

Der deutsche Außenhandel in Baumwolle und Baumwollwaren.

In der Zufuhr von Rohbaumwolle hat der letzte Monat des Jahres 1912 eine Rekordziffer erreicht. Es wurden im Dezember 1912 insgesamt 713 120 dz i. B. 661 709 dz) Rohlocke eingeführt, damit stellen sich die Zufuhren dieses Erntejahres auf 1 925 565 dz (1 789 405 dz).

Zufuhr wies 9876 dz (8199 dz) und im Jahre 1912 insgesamt 108 760 dz (102 474 dz) auf, und der Versand ward für den Berichtsmontat mit 62 517 dz (55 181 dz) und für das Berichtsjahr mit 661 948 dz (625 949 dz) verbucht.

Table with columns: Einfuhr, Ausfuhr, Einfuhrüberschuß. Rows for Baumwolle und Baumwollabfälle, Baumwollgarne, Baumwollgespinnwaren.

Ein verschwindendes Handwerk.

Vor vielen Jahren gab es an den Ufern des Steinhuder Meeres ein blühendes Handwerk, die Leinenweberei. Das kleine Städtchen Steinhude (Schwarzburg-Lippe) war der Sitz dieser Industrie und ist noch der Sitz der Weber-Innung, die jetzt auf zwei Jahrhunderte ihres Bestehens zurückblickt.

Die Meister haben sich, wie gesagt, schon früh zu einer Weber-Innung zusammengesetzt, die alljährlich ihren Meistertag abhielt. Eine solche Zusammenkunft veranstaltete die Innung auch in diesen Tagen wieder in Steinhude.

Noch steht als Wahrzeichen der Weber-Innung in Steinhude die alte Herberge der Innung bei einem Gastwirt, vor dessen Hause das alte Innungsschild aus dem Jahre 1717 angebracht ist.

Rentabilität und Unternehmungslust im Textilgewerbe.

Für den Kreis der Aktiengesellschaften des Textilgewerbes, die ihre Bilanzen vergleichbar veröffentlichten, ergab sich folgende Entwicklung der Rentabilität:

Table with columns: Geschäftsjahr, Zahl der Gesellsch., Aktienkapital in Millionen Mark, Dividende in Prozent.

Bei 33 Aktiengesellschaften der Kammgarnspinnerei, die in den letzten beiden Jahren ihre Bilanzen vergleichbar veröffentlichten, liegt die Summe des Nominalkapitals von 85,88 Mill. Mark im Jahre 1910/11 auf 88,12 Mill. Mark im Jahre 1911/12.

Für die übrigen Zweige des Textilgewerbes spiegelt die nachstehende tabellarische Uebersicht die Bewegung des Dividendenertrags:

Table with columns: Zahl der Gesellsch., Aktienkap. in Mill. M., Dividende in Proz. for various textile sectors like Kammgarnspinnerei, Leinen- u. Jutespinn., etc.

Es ist erklärlich, daß in den letzten Jahren infolge des schlechten Geschäftsganges im Textilgewerbe auch eine Abnahme der Unternehmungslust einsetzte. Erst im Jahre 1912 machte sich eine leichte Erholung bemerkbar.

Januar-Dezember	1906	1909	1910	1911	1912
Neugründungen	24,84	22,82	38,81	21,58	34,78
Kapitalerhöhungen	10,84	15,58	12,95	18,80	7,07
Summe der Neuinvest.	35,18	38,35	51,26	35,38	41,85

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Jahr 1912 wohl eine Zunahme der Neugründungen von Textilfabriken gebracht hat, daß aber der Kapitalbedarf der bestehenden Betriebe ganz wesentlich zurückgegangen ist.

Eine Eingabe zum deutschen Zolltarif und zur Handelsstatistik

hat der „Verband deutscher Buntwebereien und verwandter Betriebe“ an den Staatssekretär des Innern gerichtet. In der Eingabe wird unter Anführung entsprechender Beweismaterials die Notwendigkeit einer Trennung der buntgewebten Baumwollwaren einerseits von den gefärbten und bedruckten andererseits der Position 457 b des deutschen Zolltarifs und entsprechend in der Handelsstatistik begründet.

Als notwendige Voraussetzung zur Förderung des Außenhandels in diesen Waren wurde die Trennung der beiden Warenarten angeführt, um einwandfrei feststellen zu können, welche von diesen beiden Warenarten von der wachsenden Auslandskonkurrenz besonders getroffen wird. Wie der Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes mit einem Schreiben dem Verbandsmitglied, wurde von seiten der Regierung die gemachte Anregung für begründet erachtet. Die Anmeldestellen wurden veranlaßt, vom 1. Januar d. J. ab die Ein- und Ausfuhr gefärbter und bedruckter Baumwollgewebe unter der statistischen Nummer 457 b 1 — buntgewebte Baumwollwaren dagegen unter Nr. 457 b 2 nachzuweisen. Die an der Bearbeitung der Ausfuhr beteiligten Beamten erhielten entsprechende Weisung.

Diese Trennung wird es ermöglichen, von nun an in den monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands die Ein- und Ausfuhrverhältnisse buntgewebter Waren allein festzustellen. Durch diese Neuregelung wird nicht allein ein regelmäßiger Ueberblick über die Entwicklung der Ausfuhr gewonnen, sondern sie läßt auch Rückschlüsse auf die Geschäftslage des Baumwollmarktes zu, da besonders die Einfuhrziffern ein Bild von der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes und der Entwicklung und dem Stande der ausländischen Konkurrenz geben.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

M.-Gladbach.

Bei der Firma Gebr. Wschaffenburg kündigten am 25. Januar 170 Weber, weil über die Bezahlung bei Verarbeitung von leichtgängigem Material Differenzen entstanden waren. Die Sache hatte sich schon lange hingezogen. Die Weber drängten zur Entscheidung. Zwar hatten schon mehrmals Verhandlungen stattgefunden, jedoch war das Ergebnis für die Weber nicht befriedigend. Die letzte Verhandlung zwischen Firma und Arbeiterausschuß zeitigte ein Entgegenkommen, jedoch sollten die Organisationsvertreter noch eventuelle bessere Vorschläge machen. Die Firma wurde denn auch verschiedentlich angegangen, einen Termin für die Verhandlungen zu bestimmen. Nun sollte die Verhandlung erst am Samstag nach Schluß der Arbeitszeit stattfinden. Dieser Samstag war auch Kündigungstag, welcher alle 14 Tage wiederkehrt. Die Weber waren daher mit dem Weiterhinausschieben nicht einverstanden. Um aber das Ergebnis der Verhandlung abzuwarten und um Stellung nehmen zu können, ließen sie der Firma durch den Ausschuß die Mitteilung machen, sie möge den Arbeitern das Recht einräumen, daß sie eventuell noch Dienstags kündigen könnten. Dieses Ansuchen wurde von der Firma abgelehnt, worauf die Weber geschlossen die Kündigung einreichten. Hierauf kündigte die Firma allen übrigen Arbeitern und Arbeiterinnen, hob den Termin für die angeetzte Verhandlung auf und übertrug die Angelegenheit dem Arbeitgeberverband.

Dieser nahm nun seine vermittelnde Tätigkeit auf. So fand, nachdem eine Kommission sich am 29. Januar informiert hatte, am 30. Januar eine Verhandlung seitens eines Vertreters dieses Verbandes mit den Vertretern der beteiligten Arbeiterverbände unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses statt. In dieser Verhandlung wurde eine Verständigung erzielt. Die Arbeiter erklärten ihre Zustimmung zu dem Erreichten.

Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher der Organisation ferngeblieben sind, mögen aus dem Vorworts die Lehre ziehen, daß es unbedingt notwendig ist, sich der Organisationsanzuschließen. Sie haben jetzt wieder gesehen, daß wenn ernste Differenzen entstehen, sie in Mitleidenschaft gezogen werden.

Sie mögen sich deshalb alle dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter anschließen, der hier wieder gezeigt hat, daß er die Interessen seiner Mitglieder mit Nachdruck und Erfolg vertritt.

Aus unseren Bezirken.

Aus dem Blumental (Bezirk Esch).

Wenn der Fremde zum ersten Male in unsere mit Naturschönheiten so reich ausgestattete Gegend kommt, so ist er entzückt von dem, was die Mutter Natur dem Auge des Beschauers darbietet. Und es wird dem Fremden beim Anblick unserer schönen Gegend wohl kaum in den Sinn kommen, daß auch dieses herrliche Bild einen düsteren Hintergrund hat. Dieser Hintergrund wird ge-

bildet durch die völlig ungenügenden Lebensverhältnisse der hiesigen Textilarbeiter.

Staatliche und kommunale Behörden sehen wir an der Arbeit, um die Gehälter ihrer Beamten den heutigen teuren Lebensverhältnissen anzupassen. Und das ist recht so. Aber was dem einen recht ist, ist doch dem andern billig. Wir Arbeiter leiden nicht weniger als die Angehörigen anderer Berufsstände unter der jetzigen Teuerung. Ist es aber unsern Arbeitgebern, den Textilfabrikanten unseres Landes schon in den Sinn gekommen, den Arbeitern eine Teuerungszulage oder Aufbesserung zu gewähren? Nein! Fragt z. B. die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Rogelet, ob sie heute mehr verdienen als früher und sie werden euch antworten: nein, wir verdienen im Gegenteil noch weniger. Die Weber und Weberinnen dieser Firma klagen über schlechtes Material, wodurch es ihnen von vornherein unmöglich wird, einen anständigen Lohn zu verdienen. Zudem wird das Straffsystem scharf gehandhabt.

Die Spinnerarbeiter und -Arbeiterinnen traten letzten Herbst in den Streit, um sich einen besseren Lohn zu erkämpfen. Dieser Versuch war vergebens. Sie wurden von der Betriebsleitung einfach mit dem Versprechen vertröstet, wenn einmal die Konjunktur besser sei, könnten auch höhere Löhne bezahlt werden. Wann mag wohl der Zeitpunkt kommen, wo unsern Arbeitgebern die Konjunktur gut genug erscheint, um auch den Arbeitern einen angemessenen Teil von den Erträgen der Produktion zu gewähren?

Gegenwärtig machen die Spinnerarbeiter genannter Firma Ueberstunden, wohl das sicherste Zeichen eines guten Geschäftsganges. Von einer Lohnerhöhung aber hört man nichts!

Fragt weiter die Arbeiter der Firma Godesroy und Elsäßer, ob sie vielleicht Teuerungszulagen erhalten? Nichts von alledem! In der Weberei dieser Firma werden zur Zeit sehr niedrige Löhne verdient. Arbeiter im besten Mannesalter, welche Frau und Kinder zu ernähren haben, verdienen 26 bis 35 M. in zwei Wochen. Nur einem kleinen Prozentsatz gelingt es, mehr zu verdienen. Bei neueren Artikeln (Tuch) ist der Tarif einseitig reduziert worden. Wenn sich ein Arbeiter beschwert, so heißt es einfach: „wenn es euch nicht gefällt, dann probiert es an einem anderen Platz.“ In der Lohnberechnung besteht auch ein Prämiensystem, das schon längst in die Kumpelkammer gehörte.

Auch die Spinnerarbeiter und -Arbeiterinnen dieser Firma klagen über zu niedrige Löhne. Die Spinner verdienen 42 bis 46 M., die Anseher nur 30 bis 35 M. Die Kardierarbeiter haben einen Tagelohn von 2,40 M. bis 2,50 M.

Fragt doch die Arbeiterinnen der Fadenzwirnerei der Firma Schlumberger in Lautenbach, ob sie etwa Teuerungszulagen erhalten. Auch diese werden euch mit nein antworten. Herr Schlumberger kann angeblich keine höheren Löhne bezahlen, weil „das Geschäft schlecht geht“. Trotzdem ist im vergangenen Jahre die Fabrik vergrößert worden.

Fragt endlich alle Arbeiter und Arbeiterinnen der übrigen Fabriken des Blumentales, ob sie wegen der Teuerung eine Zulage erhalten haben? Von sämtlichen werdet ihr eine verneinende Antwort erhalten. Auch besteht in keinem Betriebe des Tales ein Arbeiterausschuß. Ein solcher wird von den Fabrikanten nicht anerkannt, denn letztere huldigen noch zu sehr dem „Herr im Hause- Standpunkt“. Mit dem Schlagwort, sie seien Herr in ihrem Betriebe, wird eben jede freiere Regelung der Arbeiter unterdrückt.

Um den genannten Missetänden wirksam entgegenzutreten zu können, bedürfen die Arbeiter des Zusammenschlusses, der gewerkschaftlichen Organisation. Aber leider gibt es auch in unserem Tale noch viele Arbeiter und Arbeiterinnen, welche meinen, ohne Organisation auskommen zu können, was aber bei den jetzigen Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen! Wollt ihr eure Arbeiterrechte wirksam verteidigen, wollt ihr euch ein den heutigen Lebensverhältnissen entsprechendes Einkommen sichern, so tretet ein in den Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands.

Steigendes Interesse der Arbeiterinnen des Bezirks Gladbach am Gewerkschaftsleben.

II.

Mit dem Ersinken der Organisation aus den Kreisen der Kolleginnen werden dieselben natürlich auch in die Lage versetzt, größeren Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse auszuüben. Auch hier hatten im vergangenen Jahre mehrere Kolleginnen Gelegenheit, mit Hilfe und unter dem Schutze des Verbandes ihre Rechte geltend zu machen.

Zwei Bewegungen, an welchen nur Arbeiterinnen beteiligt waren, sollen hier registriert werden. Die erste spielte sich bei der Firma Dörner u. Bergmann ab. Hier versuchte man schon im Frühjahr vergangenen Jahres, den Stopferinnen einen Artikel für welchen die Firma aus freiem Antriebe, weil er sich in Accord nicht verarbeiten ließ (es sei denn, daß die Arbeiterinnen sich mit einem geringen Verdienst zufrieden gegeben hätten), einen Stundenlohn von 40 Pfg. zugebilligt hatte, in die Accordliste einzusetzen. Die Arbeiterinnen waren jedoch der Ansicht, daß der Artikel noch nicht so beschaffen sei, um ihn für den von seiten der Firma in Aussicht gegebenen Accordlohn zu verarbeiten. Sie bestanden denn auch auf Weiterzahlung des Stundenlohnes für diesen Artikel. Diesem Verlangen gab denn auch die Firma nach Verhandeln mit der Betriebsleitung statt.

Im Hochsommer trat nun bei der Firma Dörner u. Bergmann ein neuer Kappmeister, mit Namen Rebig, in Stellung. Nun hatte derselbe sich im Betriebe umgesehen, scheint er auch schon der Ansicht geworden zu

sein, daß die bisher gezahlten Löhne reformbedürftig seien. Denn eines Tages heftete er einen Anschlag an, der den Arbeiterinnen schwarz auf weiß kund tat, daß ihr Lohn sich einer Reduzierung unterwerfen müsse.

So sollte den Stopferinnen für einen Artikel, für den bis dato als Stopflohn per Schuh 8 Pfg., für Noppen per Meter 2 Pfg. gezahlt wurde, in Zukunft für Noppen und Stopfen zusammen per Meter nur noch 3 1/2 Pfg. gezahlt werden.

Derjenige Artikel, welcher bisher für einen Stundenlohn von 40 Pfg. genoppt und gestopft wurde, in der letzten Zeit aber bedeutend besser geworden sei, wurde mit 2 1/2 Pfg. per Meter für Noppen und Stopfen in die Accordliste eingefügt.

Die Egalisiererinnen, welche bisher für einen Artikel einen Accordlohn von 3 Pfg. per Meter, und wenn sie in Tagelohn arbeiteten, einen Stundenlohn von 30 Pfg. erhielten, sollten künftig einen Stundenlohn von 25 Pfg. und per Stück 20 Pfg. Zulage erhalten.

Nun glaubte der Meister, den Arbeiterinnen plausibel machen zu können, dies solle keine Lohnkürzung sein, sie sollten im Gegenteil noch mehr verdienen gegenüber früher. Die Arbeiterinnen aber waren solchen Reden nicht zugänglich. Sie hatten vielmehr die Ansicht: wenn Rebig der Firma gegenüber seine Fähigkeit als Meister kund tun wolle, so möge er einen anderen Weg beschreiten. Sie erklärten sich mit seinen Maßnahmen nicht einverstanden. Darauf glaubte der Meister, Entgegenkommen zeigen zu müssen. Er erhöhte den auf der Accordliste angefügten Artikel von 2 1/2 auf 2 3/4 Pfg. per Meter.

Da die Kolleginnen kein weiteres Entgegenkommen fanden, wurde die Verbandsleitung bei der Firma vorfellig. Dieselbe erhielt von dem Vertreter der Firma den Bescheid: „Es bleibt bei demjenigen, was unser Meister angeht hat“. Eine friedliche Verständigung war jetzt ausgeschlossen; so reichten die Kolleginnen am 7. September geschlossen die Kündigung ein. Am letzten Tage der Kündigungsperiode kam dann mit der Firma folgende Vereinbarung zustande:

Alle in Aussicht genommenen Maßnahmen werden zurückgezogen. Der Artikel jedoch, welcher bisher in Stundenlohn verarbeitet wurde, wird in die Accordliste eingestellt. Statt 2 1/2 Pfg. wird für denselben vorläufig per Meter 3 1/4 Pfg. gezahlt. Nach einigen Monaten wird eine Lohnfeststellung gemacht. Stellt sich dabei heraus, daß die Arbeiterinnen bei 3 1/2 Pfg. Accordlohn an dem betreffenden Artikel keine 40 Pfg. per Stunde verdienen, so wird der Accord um die Differenz erhöht.

Hier brachte also die Zugehörigkeit zur Organisation, wie auch das geschlossene Vorgehen den Arbeiterinnen, greifbare Erfolge. Die Arbeiterinnen waren in der Lage, die ihnen zuge dachte Lohnreduzierung abzuschlagen.

Daß die Kolleginnen der Firma Dörner u. Bergmann aber allen Anlaß haben, nach wie vor darüber zu wachen, daß das geschlossene Organisationsverhältnis nicht durchbrochen wird, erhellt folgende Tatsache:

Eines Tages, im Monat November, wurde einer unserer Kollegen, welcher mit der Firma die Verhandlungen gepflogen hatte, zu einer Besprechung auf das Kontor geladen. Dort angekommen, wurde demselben auf Aufforderung eines der Herrn Chefs von dem Meister Rebig eine Statistik vorgelegt, aus welcher man entnehmen sollte, daß die Arbeiterinnen durchschnittlich 40 Pfg. die Stunde verdienen. Damit war natürlich nicht klargestellt, ob die Kolleginnen, wie vereinbart, an dem bekannten Artikel einen Stundenlohn von 40 Pfg. erreichten.

Die Firma hatte auch aus einem anderem Grunde den Kollegen zu sich bestellt. Sie fühlte sich nämlich durch die Art unseres Vorgehens bei Abwehr der Lohnreduzierung beleidigt. Besonders hatte es der Firma die Behandlung dieser Angelegenheit in Versammlungen, Presse und Flugblättern angefallen. Auch glaubte sie, unserem Kollegen Vorhaltungen machen zu müssen über die agitatorische Ausnutzung dieser Bewegung. Genug, die Firma war der Meinung, der Kollege hätte ihre Ehre und ihr Ansehen angetastet. Was er nun als Sühne zu tun gedente, sonst — Da aber nach Ansicht unseres Kollegen keine Beleidigung vorlag, war nach seinem Dafürhalten auch keine Sühne zu leisten.

Am schlimmsten schien jedoch Rebig erboft zu sein. Er meinte nämlich, unser Kollege habe ihn beleidigt und er wollte ihn deshalb verklagen. Noch erboter muß der gute Mann aber geworden sein, als er mit seiner Drohung nur ein mitleidiges Lächeln bei unserem Kollegen hervorzauberte und ihm zur Antwort wurde, daß noch andere Gründe gegen ihn vorlägen, welche ein schärferes Vorgehen gegen ihn gerechtfertigt hätten.

Da hieß es denn, die Mädchen der Firma, wo er früher beschäftigt gewesen und welche unserem Kollegen über Rebig Mitteilung machten, lögen. Wie wäre es nun, Meister Rebig, wenn wir die Probe aufs Exempel machten? Wie sagten Sie doch? Sie hätten in Ihrer früheren Stellung keinen Einfluß auf die Festsetzung der Lohnverhältnisse gehabt, sonst hätten die Mädchen mehr verdient. Denn die müßten bedeutend schwerer arbeiten. Bei Dörner u. Bergmann aber scheinen Sie Einfluß auf die Lohnverhältnisse zu haben. Die Mädchen sollten wohl auch reichlicher verdienen, trotz der „leichteren“ Arbeit und der angeblichen Lohnverbesserung. Doch das seien Sie versichert, wir werden es an der nötigen Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen.

Die zweite Bewegung hatten die Kolleginnen bei der Firma Ahter u. Esels. Hier wurde den Zwirnerinnen kurz vor Schluß des alten Jahres eine neue Lohnliste präsentiert, deren technischer Aufbau akzeptabel war. Derselbe hatte nur den einen Fehler, daß sie in punkto Lohn zurückrevidiert war. Als auch hier alle Vorstellungen nicht zum Ziele führten, mußte der Weg der Kündigung beschritten werden. Am letzten Kündigungstage glaubten unsere Kolleginnen wie auch die Verbandsvertreter, eine annehmbare Einigung erzielt zu haben; darum wurde die Kündigung zurückgezogen. Jedemfalls aber lagen hier auf seiten der Firma über den Abschluß der Verhandlungen Mißverständnisse vor, denn die von der Firma ausgefertigte Lohnabelle wich

nach Ansicht der Kolleginnen wie auch der Verbandsleitung in einigen Punkten wesentlich von dem Resultat der Verhandlungen ab. Eine Verhandlung der Verbandsleitung mit dem Firmenvorstand brachte nicht das gewünschte Ergebnis. Als nun die Arbeiterinnen am Kündigungstage noch keine bestimmte Mitteilung erhalten hatten, daß die Angelegenheit so erledigt sei, wie nach bestimmter Auffassung unsererseits acht Tage vorher vereinbart war, zeigten sie wiederum die Kündigung ein. Doch brauchte ihnen der Kündigungsschein nicht eingehändigt zu werden, denn Verbandsleitung und Firma hatten im letzten Momente sich dahingehend verständigt, daß die Lohnabelle so ausgearbeitet würde, wie nach bestimmter Uebersetzung der ersten und der Arbeiterinnen acht Tage vorher vereinbart worden war. Auch hier war als Resultat des geschlossenen Vorgehens der Kolleginnen unter dem Schutze des Verbandes eine glatte Abwehr der zugebachten Lohnreduzierung zu verzeichnen; des weiteren aber hat die Bewegung den Kolleginnen eine geordnete Lohnliste gebracht.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wormen. Unter großer Beteiligung der Mitglieder fand am 18. Januar unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Nachdem Kollege Blantenagel die Kolleginnen und Kollegen begrüßt hatte, wurde zunächst unsern Lieberbuche das Bundeslied gesungen. Dann gab Kollege Blantenagel einen ausführlichen Geschäftsbericht vom Jahre 1912. Unsere Ortsgruppe habe sich trotz der überaus ungünstigen Geschäftslage im vergangenen Jahre sehr gut gehalten. Gatten wir doch im Jahre 1912 183 Neuaufnahmen, darunter eine Anzahl Uebertritte aus dem roten Verbände. Die Mitgliederzahl hat sich nur um 21 gekleidert, weil infolge des schlechten Geschäftsganges durch Verzug, Berufswechsel und Austritte größere Abgänge zu verbuchen waren. An Versammlungen wurden abgehalten: 8 öffentliche, 17 Betriebsversammlungen, 8 Branchenversammlungen für Färber und Bleicher, 2 für Arbeiterinnen, 3 für Klempner, 1 für Wäschbandwirter, 1 für Seidenbandwirter und einige für Küstler. Ferner fanden 14 Vorstands- und Vertrauensmänneritzungen statt. Der Vertrieb der gewerkschaftlichen Literatur ließ viel zu wünschen übrig. Zum Schluß gedachte Kollege Blantenagel der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder. Die nun einsetzende Diskussion war eine sehr rege. Insbesondere wurde betont, daß die Arbeitslosenunterstützung im vergangenen Jahre manche Not gelindert habe. Die Mitglieder möchten deshalb immer mehr danach streben eine höhere als die Pflichtbeitragsliste zu wählen. Den Bericht von der Ortsgruppenkassette gab Kollege Mewaldt und von der Lokalkassette Kollege Kewinghaus. Nach demselben kam folgender Antrag des Vorstandes zur Besprechung: „Die Generalversammlung möge beschließen, ab 1. April 1912, den bisherigen Lokalaufschlag um weitere 5 Pfg. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen.“ Dieser Antrag rief eine eifrige Debatte hervor, in der sämtliche Diskussionstredner sich für eine Erhöhung des Lokalaufschlages um 5 Pfg. ab 1. April aussprachen. Mit der Devise: „Geben ist seliger denn nehmen“, wurde der Antrag gegen eine Stimme angenommen. Die nun folgenden Wahlen waren schnell erledigt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Waller, Mewaldt, Weg und Gleich wurden sämtlich wiedergewählt. Als Delegierte für die soziale Kommission wurden die Kollegen Südig, Franz und Kohleit gewählt. Als Delegierte für das Kartell wurden die Kollegen Blantenagel und Fahrbrach wieder- und die Kollegen Hohmann und Blas neugewählt. Ferner wurden als Vertrauensleute gewählt die Kollegen Feiner, Eichholz und Feiner. Strade. Mit einem kurzen Schlußwort des Kollegen Blantenagel und mit dem Riede „Aufgerafft!“ wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Wusenbach (bad. Albtal). In einem überfüllten Saale hielt uns unser Bezirksleiter, Kollege Ernst Kümmele aus Lörach, ein Referat über „Die Tätigkeit der Organisation“. Der Referent führte das Werden, Wesen und die vielen großen Ziele unserer christlichen Gewerkschaften vor Augen. Er bewies an vielen Beispielen, daß nur eine starke christl. Gewerkschaft den Arbeiterstand in wirtschaftlicher, kultureller und sittlicher Beziehung auf eine höhere Stufe bringen könne und imstande sei, dem vierten Stande Gleichberechtigung zu ertingen. Diese Ausführungen ergänzte der Kollege, Zentralvorstandsmittglied Franz Fischer aus Düsseldorf in meisterhafter Weise. Beiden Rednern wurde in begeisterter Art und Weise Beifall gependet.

Eine rege Diskussion setzte ein. In derselben wurde betont, daß auch alle Mitglieder die Zeitungen und Broschüren lesen und sich so geistig weiter bilden sollen. Kollege Oskar Kümmele machte noch auf die Arbeiterinnenkonferenz am Sonntag, den 16. Februar d. J. in „Wattberg“ in Ettlingen aufmerksam, ebenso auch auf die Arbeiterinnenversammlung, die am Dienstag Abend 1/2 8 Uhr in Wusenbach im deutschen Kaiser stattfindet. Die Sekretärin, Kollegin J. Harder aus Düsseldorf, ist als Rednerin hierzu gewonnen worden.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Bupger wurde die imposante, glänzende Versammlung mit einem schönen Gewerkschaftsliede geschlossen. Mehrere Neuaufnahmen konnten verzeichnet werden.

Ghemmitz. Nach Abfindung eines gemeinschaftlichen Liedes begrüßte Kollege Maul die in unserer diesjährigen Generalversammlung erschienenen Kollegen und Kolleginnen auf das herzlichste. Der Posten des ersten Schriftführers wurde durch Wahl des Kollegen Friedrich neu besetzt. In der nachherigen Aussprache über die Ergreifung agitatorischer Maßnahmen, fand die Aufforderung zur Mitwirkung starken Anklang. Der Jahresbericht, den die Kollegin Krautschneider erstattete, zeigte, wie durch gemeinsame Arbeit ein Vorwärtskommen möglich war. Mit besonderer Freude wurde darum des Lied angestimmt:

Hoch Klingt der Arbeit Lob und Preis,
Sie adelt ihren Mann,
Wer ehrlich schafft mit frohem Fleiß,
Der geht mit Gott voran.

Die Anregung einiger Mitglieder, eine besondere Sparrichtung zu schaffen, konnte nicht berücksichtigt werden, da gegenwärtig noch alle verfügbaren Kräfte zu agitatorischer Arbeit verwendet werden müssen. Eine derartige Einrichtung bedeutet immer die Zerplitterung der vorhandenen Arbeitskräfte. Sollte unsere Ortsgruppe durch weiteres Wachstum einen Ueberfluß an solchen Kräften aufweisen können, so wird dieser Frage näher getreten. Anschließend an die Generalversammlung wurde der erste Unterrichtsabend abgehalten. Kollege Melcher referierte über das Thema:

„Warum organisieren wir uns.“ Eine Anzahl Mitglieder meldete sich als ständige Kursbesucher. Nach einem kurzen Schlußwort fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Elberfeld. Unsere Jahresgeneralversammlung am 25. Januar war von mehr als 60 Mitgliedern besucht; für die diesigen Verhältnisse eine sehr gut besuchte Versammlung. Die Leitung hatte der 2. Vorsitzende, Kollege Heinrich Mergenthal, der dafür sorgte, daß die reichhaltige Tagesordnung ruhig und glatt abgewickelt wurde. Aus dem ausführlichen Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden, Kollege Aug. Holte ging hervor, daß durch die ungünstige Geschäftslage in der Wuppertaler Band- und Beschlagsindustrie die Agitationsmöglichkeiten und die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit erheblich beschränkt waren. Die Mitgliederbewegung stagnierte. Was durch Hausagitation gewonnen wurde, ging durch Berufswechsel und Austritte wieder verloren. Besonders die Arbeiterinnen sind hier schwer zu halten, kaum haben sie einige Wochenbeiträge entrichtet, so erfolgt gewöhnlich schon wieder die Abmeldung. Leider waren aber auch nur einige wenige Kollegen in der Hausagitation tätig. Die geringe Zahl der Mitarbeiter verschuldet die langsame Aufwärtsbewegung in den Mitgliederzahlen.

Die Einnahmen aus den ordentlichen Mitgliederbeiträgen beliefen sich auf 5208,30 M.; davon flossen 780,50 M. in die Ortsgruppenkasse, 1277,66 M. wurden an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und an Sterbegeld (60 M.) ausbezahlt. Dazu kommen noch 200,70 M., welche den frankten und arbeitslosen Mitgliedern aus der besonderen Lokalkasse zufließen. Der Bestand der Ortsgruppenkasse ging von 165,31 Mark auf 19,23 M. zurück. Dagegen konnte der Bestand der aus Lokalaufschlägen gebildeten besonderen Lokalkasse von 890,20 M. auf 1291,95 M. erhöht werden.

Die erforderlichen Wahlen konnten glatt getätigt werden. Außer den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Aug. Holte Vorsitzender, Herm. Wardenbach Schriftführer und Otto Schmitz Kassierer, wurden noch die Kolleginnen Schienbein und Wülfing in den Vorstand gewählt.

Ferner wurde beschlossen, nach Ostern das zehnjährige Bestehen der Ortsgruppe durch eine Familienfeier zu begehen. Der nun folgende Punkt der Tagesordnung: Erhöhung des Lokalaufschlages von 5 auf 10 Pfg. pro Woche, zeitigte eine lebhaft ausgeführte Diskussion. Der Kassierer konnte die Notwendigkeit dieser Maßnahme mit den triftigsten Gründen belegen. Durch die Kürzung der Ortsgruppenprozente von 15 auf 5 und durch die stete Steigerung der Ausgaben, müssen größere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben gewonnen werden.

Bei der äußerst sparsamen Verwaltung waren aber im vorigen Jahre schon die Ausgaben um 146,08 M. höher als die Einnahmen. Dazu sollen noch von jetzt ab 20 Pfg. mehr pro Mitglied an das Kartell abgeführt werden, was wiederum eine Mehrausgabe von mindestens 50 M. pro Jahr verursachen würde. Wenn wirklich die besondere Lokalkasse aufgehoben und keine Zuschläge mehr zu Streiks, Waperegelungs-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gezahlt würden, so wäre doch in absehbarer Zeit eine Beitragserhöhung notwendig. Aus verschiedenen Gründen sei aber die Beibehaltung der Unterstützungszuschläge notwendig. Nach gründlicher Aussprache, bei welcher die Gegner der Beitragserhöhung nicht immer mit sachlichen Gründen operierten, entschieden sich im geheimer Abstimmung bei einer Stimmenhaltung 36 Mitglieder für und 24 Mitglieder gegen die Erhöhung der Lokalaufschläge. Da statutgemäß 2/3 für den Antrag stimmen mußten, wenn derselbe zur Annahme gelangen sollte, war der Antrag abgelehnt. Es bleibt also vorläufig bei 5 Pfg. Lokalaufschlag. Mit einer Aufforderung zu ireuem Zusammenhalten und eifriger Mitarbeit konnte der Versammlungsleiter gegen 12 Uhr die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Forchheim. Mit großer Genugtuung kann unsere Ortsgruppe auf das vergangene Jahr zurückblicken. Legte doch der in der gut besuchten Generalversammlung erstattete Geschäftsbericht Zeugnis von großer innerer Kräftigung unserer Bewegung an Orte ab. Unsere Ortsgruppe war in unserem Bezirke die erste, welche einen wöchentlichen Lokalaufschlag von 10 Pfg. pro Mitglied erhob. Dadurch ist unserer Ortskassette ein hübsches Sümchen zugeführt worden, sodaß wir jetzt manchem Mitgliede bei außergewöhnlichen Notfällen unter die Arme greifen können. Abgehalten wurden neun Mitgliederversammlungen, zwei öffentliche Versammlungen, neun Vorstandssitzungen und drei Konferenzen. An Unterstützung, 70,80 M. an Arbeitslosenunterstützung und 0,69 M. an Heißeunterstützung. Der Kassenbestand betrug zu Beginn des Jahres 20,40 M., am Schluß desselben 111,60 Mark. Die eingeleitete Hausagitation wird es sicher ermöglichen, daß sich die vorhandene Mitgliederzahl schon in kurzer Zeit verdoppeln wird. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Neuwahl, wurde damit erledigt, daß die Kollegen Gg. Kaiser als Vorsitzender, Andreas Kupfer als Kassierer und Georg Obenaus als Schriftführer einstimmig wiedergewählt wurden. Als Kartelldelegierte wurden aufgestellt die Kollegen Kaiser, Fischer, Hertl und Buchdrucker Heinrich. Der anwesende Kollege Wittelind verband es, das Thema: „Wie betreiben wir erfolgreiche Verbandsarbeit“, so zu behandeln, daß alle Anwesenden mit größter Spannung und Aufmerksamkeit seinen Worten lauschten. Nachdem noch einige wertvolle Broschüren an die Mitglieder gratis verlost und einige Lieder gesungen waren, schloß der Vorsitzende in später Stunde die Versammlung.

Gera. Einen interessanten Einblick in das Leben und Treiben unserer Ortsgruppe erhielten wir in unserer Generalversammlung vom 5. Januar. Kollege Steingrüber gab einen Jahresbericht von 1912. Aus demselben geht hervor, daß im vergangenen Jahre folgende Unterstützungen zur Auszahlung gelangt sind: Streifenunterstützung 117 M., Krankenunterstützung 186 M., Arbeitslosenunterstützung 94,50 M., Sterbegeld 30 M., in Sa. 428,50 M. Dieser Bericht wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal 1912 für richtig erklärt war, folgten die Neuwahlen für das Jahr 1913 resp. 1914. Danach setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Johann Bartz, Agnesstraße 49; Kassierer Kollege Richard Steingrüber, Waldstraße 58; Beisitzer Kollege Heller. Alle Kranken- und Arbeitslosenfälle müssen in Zukunft beim Kollegen Bartz gemeldet werden. Die Unterstützungen zahlt Kollege Steingrüber aus.

Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Christbaumfeier statt, die durch musikalische Vorträge und Christbaumverkünderung verschönt wurde.

M.-Gladbach-Waldhausen. Von der Tätigkeit unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre. Lustige Weisen schallten zu uns herüber, dann wieder drangen Scherzworte und übermütigen Lachen an unser Ohr. Feierten doch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gladbacher Wollindustrie (vorm. L. Soffen) das 25-jährige Arbeitsjubiläum einiger

ihrer Mitarbeiter. Während sich dort ein vollbesetztes Lokal zeigte, waren zu unserer Generalversammlung, die in einem Nebenlokale tagte, nur einige Duzend Mitglieder erschienen, welche der Vorsitzende, Kollege Karl Kleinermanns, um so herzlicher begrüßte. Dort fröhliches Treiben, hier ernste Arbeit! Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Lied: „Wir haben geschlossen in Freundschaft den Bund“ gesungen. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1912 war für die christliche Gewerkschaftsbewegung im wahren Sinne des Wortes ein Jahr des Kampfes. Während wir die Austragung dieser Kämpfe den maßgebenden Instanzen überließen, wurde in unserer Ortsgruppe desto reger gearbeitet an der Hebung unserer Mitgliederbestände. Schon gleich zu Beginn des neuen Jahres traten die Kolleginnen in den Dienst des Verbandes. Zum ersten Male übernahmen dieselben selbständig die Hausagitation. Das Resultat war ein gutes. 14 Neuaufnahmen krönten die für die Kolleginnen noch etwas ungewohnte Arbeit. Ihnen schlossen sich die Kollegen an, welche auch 12 Aufnahmen zu verzeichnen hatten, meist jugendliche Arbeiter. Wenn trotzdem der Mitgliederbestand, welcher zu Anfang des Jahres 328 betrug, am Schluß des Jahres eine kleine Verminderung erfuhr, so ist dies auf die starke Anzahl Verzüge zurückzuführen, deren wir allein im 3. Quartal 11 und im 4. Quartal gar 16 zu verzeichnen hatten. Die geschäftlichen Arbeiten wurden in 14 Vorstandssitzungen erledigt, denen 16 Sitzungen mit den Vertrauensleuten nebenher gingen, darunter zwei mit der Ortsgruppe Windberg gemeinsam. Außerdem fanden fünf Sitzungen der Agitationskommission statt und sieben Mitgliederversammlungen. Am 3. März fand sodann ein Familienabend statt, auf welcher Herr Kand. phil. J. Roebert und Kollege Müller die Festreden hielten. In den Oster- und Herbstferien fand sodann ein studentischer heimlicher Arbeiterkurs statt, der auch ziemlich besucht war. Unterrichtet wurde in Deutsch, Rechnen und Stenographie. Im September war unsere Verbandsgeneralversammlung und im Oktober die Bezirkskonferenz. Redner erläuterte nochmals die wichtigsten Beschlüsse, unter denen er besonders die Agitation und die Lokalaufträge hervorhob. Durch freiwillige und frühzeitige Einführung derselben haben wir jetzt eine stattliche Ortsgruppenkasse, welche sich gegen das Vorjahr fast vervierfacht hat. Im Dezember fanden die Gewerkschaftswahlen statt, bei der die christliche Kasse einen Stimmenzuwachs von ca. 1500 hatte. Zum Schluß dankte er allen, die im abgelaufenen Jahre mitgearbeitet haben und bat die Anwesenden, auch in den kommenden Wochen treu mitzuarbeiten zum Wohle des Verbandes, aber auch zum eigenen Wohle. Die Wahlen gingen glatt von statten. Einstimmig wiedergewählt wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege Karl Kleinermanns, ebenso der bisherige Schriftführer, Kollege Johann Sed. Als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen resp. Kollegin: Jacobs, Sed und Anna Höttges, als Kassenprüfer die Kollegen Jacobs wieder- und Franz Wertes neugewählt. Als Vertreter zum sozialen Ausschuß der Vorsitzende Kollege Wertes. Als Berichterstatterin für die Arbeiterinnen-Agitation die Kollegin Effert. Sodann hielt Kollege Müller einen hochinteressanten Vortrag über: „Die Kämpfe im Gewerkschaftsleben mit besonderer Berücksichtigung der Berliner Fachabteilungen“. Reicher Beifall lohnte den Redner. Zum Schluß wurden noch eine Anzahl Broschüren verkauft und die Versammlung mit dem „Werbeklieb“ geschlossen.

Oreiz. Die Generalversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 26. Januar ab. Der Kassenbericht des 4. Quartals, den der Kassierer erstattete, wurde von den Revisoren für richtig befunden. Nach dem vom 1. Vorsitzenden verfaßten Jahresbericht sind im Jahre 1912 an Unterstützungen folgende Summen gezahlt worden: Streifenunterstützung 3400,60 M., Krankenunterstützung 1468,25 M., Arbeitslosenunterstützung 432,20 M., Sterbegeld 340 M., in Summa 5641,05 M. Diese Summe beweist am besten den Wert der Organisation. Der Bericht erwähnte dann noch in längeren Ausführungen die vorjährigen Lohnbewegungen und Kämpfe. Von diesen ist zu sagen, daß alle Bewegungen, an denen unser Verband beteiligt war, mit einem teilweisen Erfolg endeten. Nachdem noch der Schwierigkeiten, die sich im vergangenen Jahr unserer agitatorischen Betätigung doppelt in den Weg stellten, gedacht war, schloß der Bericht mit neuen Anregungen für das Jahr 1913. Der Jahresbericht kann von unseren Mitgliedern zu einem billigen Preise beim Kollegen Melcher käuflich erworben werden. Bei den nun folgenden Vorstandswahlen wurde Kollege Paul Kanis als erster Vorsitzender mit zwei Drittel Stimmenmehrheit wiedergewählt. Das Amt als erster Schriftführer nahm Kollege Fehle an, das des zweiten Kollege Joseph Glaser. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Hermann Kanis, Kassier, Rödel und Fiedler. Ein darauf folgender Vortrag des Kollegen Kanis über die Grundsätze unserer Bewegung wurde mit lebhaftem Interesse entgegengenommen.

Immenstadt. Die auf unserer Generalversammlung vom 19. Januar nach Erstattung des Jahresberichts getätigte Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Durch Zuzug wurden gewählt, die Kollegin Richarda Beata als Kassiererin und als Beisitzende die Kollegen Fehle Benedikt und Piemer Pius. Den Vertrauensposten behielten die beiden bisherigen Kolleginnen. Die Revisoren konstatierten, im Anschluß an den Kassenbericht, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben und so wurde der bisherige, wegen Krankheit ausscheidende Kassiererin Entlastung erteilt. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Kolleginnen und Kollegen, die ihn durch ihre Tätigkeit unterstützten und ermunterte alle, im neuen Jahre wieder vereint zu arbeiten an unserer guten Sache.

Trotz guter Vorbereitung war die von unserer Ortsgruppe auf den 6. Januar einberufene Agitationsversammlung nur mäßig besucht. Der Vorsitzende, Kollege Wiedemann, erteilte nach erfolgter Begrüßung der Erschienenen unserer Verbandssekretärin Kollegin Harder aus Düsseldorf das Wort zu ihrem Thema: Gewerkschaft und Familie. Die Versammlung nahm einen anregenden Verlauf. Speziell war es das Auftreten einiger Genossen, das sich recht interessant gestaltete. Kollegin Harder wies die Einwände der letzteren sachlich und mit guten Belegen zurück. So übte die Versammlung auf unsere Mitglieder eine festigende und belebende Wirkung aus.

Kaufbeuren. Gnüste Arbeit, verbunden mit frohem war das Charakteristikum unserer diesjährigen gutbesuchten Generalversammlung. Kollege Jafen eröffnete sie und begrüßte die Erschienenen, besonders den Herrn Arbeitervereinspräsidenten Guggenooß, sowie den Kollegen Rothbröl aus Augsburg. Nach Erledigung der ersten zwei Punkte: Protokoll und Kassenbericht, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Hierauf fand Neuwahl von zwei Ausschußmitgliedern statt. Kollege Wirt wurde als zweiter Vorsitzender und Kollege Müller als zweiter Kassierer wiedergewählt. Anstelle einer ausscheidenden Beisitzerin wurde Kollegin Rosina Petrich und als Berichterstatterin der Agitationskommission Kollegin

Stadelmann gewählt. Nach der Wahl referierte Kollege Rothbröl über das Verbandsstatut. Er erklärte den Mitgliedern insbesondere einige Änderungen, die auf der letzten Verbands-Generalsversammlung beschlossen wurden. Weiter erwähnte der Referent die Mitglieder zu treuem Zusammenhalten und dankte auch ganz besonders dem Herrn Präses des katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins für das warme Interesse, das er unserer Sache allseitig entgegenbringt. Kollege Hafes schloß die Versammlung und eröffnete die sich anschließende gemütliche Fastnachtsunterhaltung. Auch sie nahm einen für alle Anwesenden erfreulichen Verlauf.

Kolbermoor. Generalversammlung. Der Tätigkeitsbericht unseres Vorstehenden zeigte, wie sehr bewegt gegenwärtig hier die Organisationsverhältnisse sind. Obwohl durch die Gründung eines gelben Werkvereins einige Verwirrung unter die Arbeiterschaft getragen worden ist, so haben sich gerade unsere Kolleginnen und Kollegen doch tapfer gehalten, denn die Mitgliederzahl weist gegen das Vorjahr keine nennenswerte Verminderung auf. Es wäre nur zu wünschen, daß die Mitglieder wieder zahlreicher zu den Versammlungen kämen, damit wieder mehr gewerkschaftliches Leben und Streben in unserer Ortsgruppe einziehe. Der Kassierer erstattete dann den Bericht vom IV. Quartal 1912, sowie einen solchen für das ganze Jahr. Weiter gab er eine interessante Zusammenstellung der Kassenverhältnisse seit Bestehen der Ortsgruppe zum Besten. Nach dieser betrugen die Einnahmen innerhalb acht Jahren bei einem durchschnittlichen Mitgliederbestand von 100 15 066,00 Mk. Davon wurden wieder ausbezahlt: für Krankengeld 3 911 Mk., Sterbegeld 240 Mk., sonstige Unterstufungen 250 Mk., insgesamt 27 % der Einnahme. 60 % oder 8 409,21 Mk. wurden an die Hauptkasse abgeführt. 2 255,79 Mk. verblieben in der Ortsgruppenkasse. Deren Stand war am 1. Januar 1913 685,75 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 6 %. Nachdem die Wahlen zur Vorstandschaft, dank der Bereitwilligkeit mancher Mitglieder glatt erledigt waren, nahm unser Bezirksleiter, Kollege Geier, das Wort. In seinen interessanten Ausführungen schilderte er den „Segen“ der gelben Werkvereine für die deutschen Arbeiter. Dieser „Segen“ wird auf die Dauer unerträglich werden und zu einer schweren Schädigung der Arbeiterschaft führen. Sicher wird auch die Kolbermoorer Arbeiterschaft durch den Schaden klug werden. Kollege Ulrich Schmid, Augsburger, forderte in begeisterten Worten auf, die altbewährte und weitbekannte Bagerntreue auch dem Verbands gegenüber bewahren zu wollen. Beide Redner erzielten lebhaften Beifall. Der Präses des hiesigen kath. Arbeitervereins wünschte ein recht inniges Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und konfessionellen Vereinen, damit die Stöckkraft der christlichen Arbeiterbewegung wirksam für Geltung komme. Möge diese schon verlaufene Generalversammlung uns allen wieder Lust und Liebe geben, für unsere gute Sache zu wirken ohne Maß, wie es fernste überzeugten Gewerkschaftlern geziemt.

Kottern (im bayrischen Allgäu). In unserer diesjährigen Generalversammlung hatten wir die Ehre, außer den zahlreich anwesenden Mitgliedern auch die Sekretärin unseres Verbandes, Kollegin Harber, sowie den Bezirksleiter Kollegen Geier zu begrüßen. Kollegin Harber hatte das Referat übernommen. Das Thema lautete: „Familie und Gewerkschaft.“ Sie hob dabei namentlich die günstige Einwirkung der Gewerkschaftsarbeit auf das Familienleben hervor. Der reichlich gespendete Beifall bewies, daß Kollegin Harber es verstanden hatte, ihre Zuhörer für das, was sie vortrug zu interessieren, wofür ihr Kollege Hartmann den herzlichsten Dank aussprach. Daß in unserer Ortsgruppe reges Leben pulsiert bewies der Geschäftsbericht des Vorstehenden, aus dem zu ersehen war, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre von 34 auf 70 gestiegen ist. Diesen Mitgliederzuwachs haben wir der Hausagitation und nicht zuletzt dem im Herbst abgehaltenen Gewerkschaftskursus, welcher den Höhepunkt unseres Gewerkschaftslebens bildete, zu verdanken. Derselbe wurde vom Vorstehenden des Ortsstellens Kempten, Kollegen Zeller, geleitet, dem auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen sei. Er umfaßte acht Unterrichtsstunden, mit einer sich anschließenden Schlussfeier und wurde von insgesamt 238 Kollegen und Kolleginnen besucht. Kollege Geier sprach der Ortsgruppe für die in diesem Jahre geleistete Arbeit Lob und Anerkennung aus. Auch der Kassenbericht bewies, daß die Kassenführung eine tadellose war. Aus der Wahl gingen die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder hervor. Mit nochmaligem herzlichem Dank an Kollegin Harber und Kollegen Geier schloß der Vorstehende die Versammlung mit dem Wahrspruch der Allgäuer: „Lant u' lant!“

Krefeld. Dem in unserer Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe auf den verschiedensten Gebieten eine intensive Tätigkeit entwickelt hat. In mancher Hinsicht waren größere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Einnahmen betragen 17 499,58 Mk. Davon wurden 9 007,71 Mk. an die Zentralkasse abgeführt. Die übrigen 8 491,87 Mk. wurden für Unterstufungen, Verwaltung und sonstige Ausgaben verwendet. Lohnbewegungen waren neben solchen in Einzelbetrieben zwei allgemeine zu verzeichnen, und zwar die der Samtappreture und der Fäber. Letztere wurde ohne Streit mit einem Leiterfolge für die Arbeiter beendet. Die Fäberbewegung mußte wegen der ungenügenden Zeit und den zurreichenden Zugeständnissen der Arbeitgeber auf eine günstigere Zeit vertagt werden. Des weiteren befaßte sich der Bericht eingehend mit der agitatorischen Tätigkeit, den Bildungsbestrebungen in der Ortsgruppe, den sozialen Wahlen usw. Aus dem Bericht geht hervor, daß in Krefeld mit Fähigkeit und großer Ausdauer gearbeitet werden muß, sollen Erfolge erzielt werden. In der Diskussion über den Bericht wurde darüber gellagt, daß in den Samtappreturen und Fäberereien in der schlechtesten Konjunktur die Arbeiter in ungehörlicher Weise angegriffen wurden. Die Fabrikanten wollten ein Prämiensystem durchsetzen. Andere Kollegen wiesen darauf hin, daß in den Samtwebereien und Appreturen ein Sperrensystem bestehe, d. h. die Fabrikanten hätten sich gegenseitig verpflichtet, anstretende Arbeiter erst nach einer bestimmten Zeit in anderen Betrieben wieder anzunehmen. Dieses Vorgehen verdiente die schärfste Verurteilung. Ferner wurde noch über das Verhältnis der Organisationen zueinander diskutiert. Man war sich darin einig, daß ein Zusammenarbeiten nur dann möglich und nützlich sei, wenn praktische und vernünftige Gewerkschaftsarbeit geleistet würde. Ein Kollege bewachte, daß im verfloffenen Jahre durch den wackeligen Gewerkschaftsleiter auf unsere Bewegung lähmend eingewirkt worden sei; es müsse mal endlich Ruhe eintreten. Die Frage der monatlichen Versammlungen wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Marg. Daß unsere Ortsgruppe tüchtiges leistet, zeigt die Rechnungsbilanz, die in unserer Generalversammlung erfolgte. Die Ortsgruppe Marg zählt 2 376 180 Mitglieder, die Gesamtsummen im verfloffenen Jahre betragen 2206,20 Mk. Davon erhielt die Ortsgruppe zu ihrer eigenen

Verwendung 562,83 Mk., für 27 erkrankte Mitglieder wurden 422,65 Mk. ausbezahlt, das sind durchschnittlich für jedes erkrankte Mitglied 15,65 Mk., weiter wurden an 105 Mitglieder, welche wegen schlechten Geschäftsganges nicht beständig beschäftigt waren 1222,20 Mk. das sind durchschnittlich für jedes arbeitslose Mitglied 11,64 Mk., endlich wurde noch den Angehörigen eines verstorbenen Mitgliedes die Summe von 60 Mk. als Sterbegeld ausbezahlt. Diese Unterstufungen sind aber nicht etwa ein Geschenk, sondern die Mitglieder haben ein durch das Statut festgelegtes Recht darauf. Es sind somit 133 Mitgliedern resp. ihren Angehörigen unserer Ortsgruppe im letzten Jahre 1704,85 Mk. ausbezahlt worden. Auch die Einnahmen, welche der Ortsgruppenkasse überwiesen sind, werden ja meistens wieder zum Vorteile der Mitglieder verwendet. Der Zentralkasse konnten noch 988,52 Mk. abgeliefert werden. Glänzend widerlegt wurde durch diese Bekanntgabe der uns schon so oft von unseren Neidern aus verschiedenen Ständen, zwar nicht erbetene, aber doch erteilte Rat: Behaltet euer Geld, schickt es nicht nach Preußen, ihr bekommt doch nichts mehr. Nicht viel hätte gefehlt, so hätte die Zentralkasse anfranz zu holen, noch Geld schicken müssen. Aber ebenso wurde auch der von vielen Arbeitern immer und immer wieder vorgebrachte Vorwand: „Ich kann nicht zum Verband, es kostet mir zu viel“, widerlegt. Denn, wenn der an die Zentralkasse abgelieferte Betrag von sämtlichen Mitgliedern hätte bezahlt werden dürfen, so würde derselbe pro Mitglied für letztes Jahr 5,20 Mk. oder pro Woche 10 Pf. betragen haben. Dies wären nun die Vorteile einerseits, die den Arbeitern aus der Zugehörigkeit zum Verbands erwachsen, mit diesen sind sie aber noch lange nicht erschöpft, doch darüber ein andermal. Nach dem Geschäftsbericht hielt Gewerkschaftssekretär Kiefer-Säckingen noch einen instruktiven Vortrag. Unsere Versammlungen werden immer mehr von echt gewerkschaftlichem Geiste getragen.

Pfaffenrot (bad. Albthal). Ueber „Die Notwendigkeit der christlichen Organisation“ hielt Kollege Ostler Kümmele in unserer gut besuchten Versammlung einen Vortrag. Er führte aus, daß es Ehrenpflicht eines jeden einzelnen Arbeiters und jeder Arbeiterin sei, auch hier in Pfaffenrot das Beispiel der 1200 Mitglieder im übrigen Albthal nachzuahmen und sich nun auch im christlich-nationalen Verbands zu organisieren. Nicht hinten an stehen soll die Pfaffenroter Arbeiterschaft, sondern vorn in der Front mitmarschieren in geschlossenen Reihen.

Sämtliche anwesenden Unorganisierte ließen sich nach dem Vortrag in den Verband aufnehmen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, in Zukunft fleißig zu agitieren, um die Ortsgruppe nach innen und nach außen zu stärken. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorstehender: Leopold Schottmüller II, Kassierer: Leopold Artmann, Schriftführer: Eugen Schäfer, Vertrauensmann: Julius Artmann, Beisitzerinnen: Amalie Mohr, Marie Becht, Marie Artmann, Anastasia Steiner und Amalia Becht. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl dankend an und verpflichteten sich, alles zu tun, um die Ortsgruppe Pfaffenrot auszubauen. Ein paar gemütliche Volkslieder hielt die Anwesenden noch auf kurze Zeit beisammen.

Säckingen. Der Geschäftsbericht, der in unserer Generalversammlung erstattet wurde, zeigte zwar, daß unsere Ortsgruppe im letzten Jahre mit einem Mitgliederrückgang zu rechnen hat, doch sind begründete Aussichten vorhanden, den Verlust recht bald wieder auszugleichen. An Stelle des bisherigen Vorstehenden, Kollegen Wäbmer, wurde Kollege Göttinger zum ersten Vorstehenden gewählt. Die Kollegen Göttinger und Kiefer dankten dem Kollegen Wäbmer für seine geleistete Arbeit als erster Vorstehender. Als Kassierer wurde Kollege Johann Gerspach gewählt. Dem Referat des Kollegen Kiefer über: „Die Agitation in Säckingen“ folgten die Mitglieder mit sichtlichem Interesse. Daß die Worte auf guten Boden gefallen waren, konnte man an der sich daran anschließenden Diskussion bemerken. Hoffentlich beherzigen unsere Mitglieder das, was gesprochen wurde. Besonders sollen sie es sich angelegen sein lassen, der vielen schönen Erfolge zu gedenken, die wir am hiesigen Orte schon durch unseren Verband errungen haben. Kollege Göttinger machte darüber besonders bemerkenswerte Ausführungen.

Ortsgruppenmitglieder! An Euch liegt es, ob sich unsere Ortsgruppe noch weiter wie bisher ausdehnen soll oder nicht. Ihr habt die Pflicht, besonders den Unorganisierten und denen, die dem Verband den Rücken gefehrt haben, zu sagen, daß sie heute noch dieselben elenden Zustände im Arbeitsverhältnis vorfinden würden, wenn nicht vor sechs Jahren unser Verband mit seiner vollen Kraft eingestiegen hätte, wie ebendem. Sagt ihnen nur, daß es von einem bedenkliehen Charakter zeigt, wenn sie froh sind über die erzielten Erfolge, aber nicht einmal joweit Lattgefühl besitzen, ihre Dankbarkeit wenigstens durch ihre Mitgliedschaft im Verbands zum Ausdruck zu bringen. Es kommen bestimmt wieder einmal Zeiten, wo diese Undankbaren wieder froh sind über den Verband.

Schöllbrunn (bad. Albthal). Ueber die Bedeutung der sozialen Wahlen referierte der Kollege Ostler Kümmele in unserer gut besuchten Mitgliederversammlung vom 2. Januar. Der Referent betonte die Wichtigkeit der sozialen Wahlen für die christlich-nationale Arbeiterschaft, erklärte und zuglückerte dieselben sowohl in materieller als auch in prinzipieller und agitatorischer Hinsicht und forderte alle Anwesenden auf, in Zukunft nur noch Vertreter aus unsern Reihen in die Kantonsparlamente zu wählen. In der Diskussion wurde noch über Verhältnisse und Vertrauensleutekonferenz, über die demnächst stattfindende Arbeiterinnenversammlung am Sonntag, den 16. Febr., im Gasthaus zum Wollberg in Hüllingen und auch über eine Arbeiterinnenversammlung gesprochen. Der Schandvorstand wurde noch durch die einstimmige Wahl von sechs Beisitzerinnen verstärkt. Mit der Aufforderung, die Versammlungen fleißig zu besuchen, die Zeitungen gründlich zu lesen, sowie in Zukunft eifrig weiter zu agitieren, schloß der Vorstehende, Kollege Ostler Kümmele, die schöne Versammlung.

Spejart (Albtal). Wir haben recht schöne Fortschritte gemacht. Das kann auch wieder in unserer Versammlung am 29. Januar zum Ausdruck. Sie war sehr gut besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden noch 5 Beisitzerinnen gewählt. Hieran hielt Kollege, Bezirksleiter Ernst Kümmele einen sehr interessanten, lehrreichen Vortrag über die große kulturelle Bedeutung der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Dem Referenten wurde für seine treffenden Ausführungen der ungetragene Beifall der Versammlung erteilt.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und auch der als Gast anwesende hochwürdigste Herr Harzer. Derselbe ermahnte alle Kollegen und Kolleginnen, dem christlichen Verbands treu zu bleiben und sich für denselben agitatorisch zu betätigen.

In dem Schlussworte forderte der Bezirksleiter, Kollege Ernst Kümmele, die Anwesenden auf, fest zusammen zu halten und die Lehren der Vergangenheit in die Tat umzusetzen. „Allzeit und überall — christlich und national“, das müsse der Wahlspruch der Spejarter Arbeiterschaft sein und bleiben. Der äußerliche Erfolg der Versammlung war, daß sämtliche anwesenden Unorganisierten, acht an der Zahl, dem Verbands beitraten.

Briefkasten.

Nach Cottbus. Wir hatten das mehr für besondere Artikel gemeint. Machen Sie es nur so weiter, wie Sie es bislang gehandhabt haben. Besten Gruß.

Fz. C. Ueber die Errichtung einer Landkrankenasse entscheidet endgültig das Oberversicherungsamt. Das Krankengeld kann in den Landkrankenassen vom 1. Okt. bis 31. März auf 1/4 des Ortslohnes erniedrigt werden.

Versammlungskalender.

- Auern-St. Georg. 23. Februar, 5 Uhr, im Lokale Witwe Bernhard Glaben.
- Burgwaldbiel. 16. Februar, gleich nach dem Hochamte, bei Jakob Klüfer, außerordentliche Generalversammlung.
- Derfshlag. 16. Februar, 11 Uhr, im Lokale „Westfälischer Hof“, Carl Jäger.
- Eberfeld. 15. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokale Perlenrath, Klobbahn.
- Grefrath. 23. Februar, 11 Uhr, im Lokale Wm. S. James.
- Gretz (Wogland). 23. Februar, 4 Uhr, in Gollas Restaurant, Arbeiterinnenversammlung.
- Hüchen. 23. Februar, 11 Uhr, bei Ad. Kremer, Generalvslg. Radenkirchen. 16. Februar, 11 Uhr, im Lokale Wm. Peter Wierich, Generalversammlung.
- Kahlscheid. 16. Februar, 11 Uhr, im Lokale Leo Engels, Generalversammlung.
- Lobberich. 16. Februar, 6 Uhr, im Lokale Aug. Krummeich, Generalversammlung.
- Öberach. 23. Februar, 3 Uhr, im Lokale „Zur Sonne“ in Öberach-Stetten.
- Reesfen. 23. Februar, 6 Uhr, im Lokale von Gerhard Biedemann, Generalversammlung.
- Neuwerk. 15. Februar, 9 Uhr, im Lokale Anton Kommerstkirchen. — 23. Februar, 6 Uhr, im Lokale Anton Kommerstkirchen, Generalversammlung.
- Dörnkirchen. 16. Februar, 10 Uhr, im „Deutschen Ed“, Generalversammlung.
- Honsdorf. 18. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokale Gust. Dürholt, Jahresversammlung.
- Spejart (Albtal). 17. Februar, 1/2 Uhr, im Lokale „Gasthaus zur Rose“, Kolleginnenversammlung.
- Spielberg. 15. Februar, 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Traube“, öffentliche Arbeiterinnenversammlung.
- Verlaunshende. 16. Februar, 11 Uhr, im Lokale Emonds, Generalversammlung.
- Walheim. 16. Februar, 5 1/2 Uhr, im Lokale Krol, am Bahnhof, Generalversammlung.
- Waffenberg. 16. Februar, 5 Uhr, im Lokale Wm. Schmitz.
- Wickrath. 16. Februar, 6 Uhr, im oberen Raum von Peter Haupt, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Johann Kirfel in Euskirchen.
 - Friedrich Jansen in M. Gladbach-Pesch.
 - Antonius Raassing in Rheine
 - Leo Enting in Emsdetten.
 - Nicola Elssen in Aachen.
 - Wilhelmine Primm in Forst L.
 - Paula Böckmann in Iöllenbeck.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Krieg der Sozialpolitik! — Hornberger Schießübungen. — Tarifverrenkungen und Zitatensfällungen. — Die Tarifverneuerungen im Handwerk. — Der positive Regulator. — Allgemeine Rundschau: Stimmen für die christlichen Gewerkschaften aus dem evangelischen Lager. — Zum Kampfe des graphischen Zentralverbandes in Revelar. — „Frei“-gewerkschaftliche Jugendagitation. — Eine gewerkschaftliche Versicherungskasse für Vorstandsmittelglieder und Vertrauensmänner. — Ein Staatsminister über das Streitpostenstreiken. — Die „Berliner“ von den zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe ausgeschlossen. — Hirsch-Dündersehe „Neutralität“. — Ein sozialdemokratischer Kieber. — Eine interessante „Terrorismus“-geschichte. — Sehr böser Hereinfall eines „gelben“ Sekretärs. — Aus unserer Jurdastrie: Der deutsche Nuppenhandel in Baumwolle und Baumwollwaren. — Ein verschwindendes Handwerk. — Rentabilität und Unternehmungsgeist im Textilgewerbe. — Eine Eingabe zum deutschen Zolltarif. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: M. Gladbach. — Aus unseren Bezirken: Aus dem Blumental (Bezirk Esch). — Steigendes Interesse der Arbeiterinnen des Bezirks Gladbach am Gewerkschaftsleben. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen. — Wufensbach (bad. Albthal). — Chemnis. — Eberfeld. — Forchheim. — Gera. — M. Gladbach Waldhausen. — Gretz. — Jümmenstadt. — Kaufbeuren. — Kolbermoor. — Kottern. — Krefeld. — Marg. — Pfaffenrot. — Säckingen. — Schöllbrunn. — Spejart. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel.